DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

KOMM ZU DEN BESTEN! **Komm zu uns!** ➔ Seite 15

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND 1

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 176, Samstag, 8. Juni 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

EMA: ÜBER 25.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 660.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN

EUROPAWAHL?

Kriegstreiberei, Corona-Lüge, Spritzentote, Verteuerung des Lebens und der totale Wahnsinn: Bei der Wahl zum Straßburger und Brüsseler Parlament ohne Befugnisse werden vor allem Pöstchen vergeben. DW holte ECHTE STIMMEN zum Thema ein!

1 PROF. DR. PHIL. RUDOLPH BAUER

Erstens. Bei der EU-Wahl geht es um die Zusammensetzung eines Scheinparlaments, weil ohne Gesetzgebungsbefugnis. Zweitens. Wer sich trotzdem an der Fake-Wahl beteiligt, verleiht diesem undemokratischen Zustand eine unverdiente Legitimation. Drittens. Wer diesen Zustand legitimiert, soll bitte eine Kleinpartei wählen: gegen Waffenlieferungen, gegen Nato-Mitgliedschaft, gegen Gates und WHO.

2 MILENA PRERADOVIC, JOURNALISTIN

Solange das Parlament kein Recht auf Gesetzesinitiativen hat und nach der Wahl der Kommissionspräsident in Hinterzimmern von Staatschefs ausgekungelt wird, kann man wohl nicht von einer demokratischen EU sprechen. Trotzdem sollte man hingehen, zumindest um Brüssel zu zeigen, was der eigentliche Souverän denkt … Wahlempfehlungen gebe ich als Journalistin keine ab.

3 PETER HAHNE, PUBLIZIST

Die Wahl ist wichtig, obwohl das EU-Parlament natürlich nichts zu sagen hat, wie die letztmalige skandalöse Kungelei um die Kommissionspräsidentin zeigte. Das war Hinterzimmer-Kungelei vom Feinsten. Und in der Kommission fallen die Würfel – sonst nirgendwo. Dennoch spiegelt das Parlament die politische Stimmung in Europa wider. Deshalb: Unbedingt wählen gehen! Und damit auch ein Signal für die deutsche Innenpolitik geben. Wer nach Mannheim und den Corona-Enthüllungen – Stichwort RKI-Protokolle – nicht weiß, was er wählen soll, dem ist nicht mehr zu helfen.

4 MARIANNE GRIMMENSTEIN-BALAS, LEHRERIN

Leider haben die Abgeordneten im EU-Parlament keine großen Entscheidungsmöglichkeiten. Wie wir in den letzten Jahren gesehen haben, blüht die Korruption auch dort. Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen werden wir leider nicht viel ändern können. Meine Wahlempfehlung: Man sollte auf gar keinen Fall die etablierten Parteien wählen. Sie haben die gegenwärtige Misere verursacht. Deshalb empfehle ich solche Parteien, die jetzt ganz neu antreten und noch etwas Idealismus aufweisen können.

5 GORDON PANKALLA, RECHTSANWALT

Der EU-Wahl stehe ich negativ gegenüber, weil die EU in meinen Augen schwere demokratische Mängel hat und ich dieses System nicht unterstützen möchte. Auf der anderen Seite, wenn ich gar nicht wähle, überlasse ich anderen die Entscheidung. Daher würde ich eine Partei wählen, die gegen den Russland-Krieg ist. Ich kann aber auch jeden verstehen, der gar nicht zur Wahl geht.

6 ERIK VAN DER BURG, NIEDERLANDE (INDEPEN.NL)

Die Empfehlung von Indepen.nl in Bezug auf die EU-Wahlen wäre, für eine Partei zu stimmen, die dem aktuellen Narrativ kritisch gegenübersteht, gegen eine weitere Ausweitung des korrupten EU-Parlaments ist und dafür einsteht, die Macht an die nationalen Parlamente zurückzugeben, was im Einklang mit den demokratischen Rechten steht, die wir als Bürger haben.

➔ Weiterlesen auf Seite 9

SIE HABEN 1 STIMME

Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung demonstriert seit 28. März 2020 fast täglich und überall, in Nord und Süd, in West und Ost auf deutschen Straßen und Plätzen (Seite 6). Sie ist die zahlenmäßig größte und langanhaltendste überparteiliche Bewegung in den Jahrhunderten der deutschen Geschichte.
Titelgestaltung: DW/Feuerstacke/Lenz

INHALT DW 176

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 176. Ausgabe ab Samstag, 8. Juni 2024. | Redaktionsschluss war am 6. Juni. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung**, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Mutiger Kämpfer für die Demokratie

Der Preis der Republik geht an Michael Stürzenberger.

LAUDATIO von Klaus Müller und Anselm Lenz

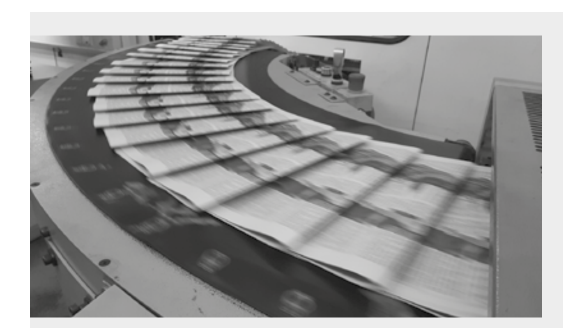
Wer die aufklärenden Auftritte von Michael Stürzenberger von der Bürgerbewegung Pax Europa schon länger verfolgt, der durfte – das muss man leider so sagen – kaum verwundert gewesen sein über das, was sich am 31. Mai in Mannheim ereignete.

Der Afghane Sulaiman Ataee (25) verübte eine Messerattacke, bei der ein Polizist ums Leben kam, Stürzenberger sowie vier weitere Menschen schwer verletzt wurden (Seite 4). Die Politmarionetten schwafeln nun über Konsequenzen und heucheln Mitgefühl, obwohl sie mit der verfehlten Migrationspolitik eine Mitschuld am Terroranschlag haben. Der Täter wurde derweil im Netz für seine unfassbare Tat gefeiert, in einem TikTok-Video zu weiteren Morden an »allen Ex-Muslimen und jedem Islamkritiker« aufgerufen. Stürzenberger wird, wie in dieser Zeit üblich, von seinen Gegnern massiv verfemt: »Extremist und Islamhasser!« In Wahrheit ist er ein Aufklärer. In Mannheim stand auf einem Plakat zu lesen: »Die Kritik richtet sich nicht gegen Moslems, sondern gegen den politischen Islam.« Mit Letzterem dräut die Abschaffung der ohnehin geschundenen Grundrechte, auch wenn die Errichtung einer theokratischen Diktatur in Hamburg-Sankt-Georg, wo im April demonstrativ die »Errichtung eines Kalifats« gefordert wurde, unrealistisch ist.

Bei seinen Auftritten ist Stürzenberger laut, provozierend. Er ist indes kein Hass-, kein Kriegs-, kein Völkermordsprediger. Der Mordanschlag auf ihn wirft Fragen auf wie das Attentat auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016. Mit dem damaligen Attentäter Amri sind der BRD-Inlandsgeheimdienst, LKAs und weitere Dienste intensiv verstrickt gewesen. In jedem Fall: Stürzenberger ist ein mutiger Publizist. Der 59-Jährige legt seinen Finger in die Wunde, lässt sich nicht einschüchtern – weder vom sogenannten Verfassungsschutz, der politisch gesteuert gegen Bürger wie ihn mobil macht, noch von Mordanschlägen. Dafür gebührt ihm dieser Preis. Gratulation!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN MICHAEL STÜRZENBERGER. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer, Gordon Pankalla, Robert Farle, Dr. Hans-Rudolf Milstrey, Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Babylonische Sprachverwirrung

EINWURF von Dr. phil. Werner Köhne

Das riesige Wahlplakat inmitten einer begrünten Verkehrsinsel bedient den Mythos von der Dreifaltigkeit. In großen *Lettern* springen dem Autofahrer folgende drei Wahlslogans ins Auge: Einigkeit – Gegen Rechts – Für Freiheit.

Und als ob dies noch nicht genug an Absichtserklärungen wäre, ist unten rechts noch dieser finale Zusatz zu lesen: Damit Europa demokratisch bleibt. Geradewegs schüchtern dagegen gibt sich unten links der Auftraggeber dieser Plakation zu erkennen: Die Partei »Bündnis 90 Die Grünen«. Schließlich strahlt uns aus dem oberen Rechteck auch noch eine goldene Miniatur-Sonne an. Sie erinnert an alte Zeiten. Die sind für die Grünen längst vorbei. Selbst Klimawechsel und Frieden fehlen auf diesem Plakat zu den Europawahlen.

WIR WERDEN AUF SPRACHVERÖDUNG GETRIMMT

Was nun die drei *Slogans* in genau dieser Reihenfolge angeht, so besteht dringender Aufklärungsbedarf. Die Begriffs-Trias bezieht sich – wie jeder sieht – auf die Deutschlandhymne. Einigkeit und Recht und Freiheit heißt es ja bekanntlich da. Die grünen Ideologen machen daraus Einigkeit – Gegen Rechts – Für Freiheit. Offensichtlich in der Absicht, das Recht, wie es in der Deutschlandhymne beschworen wird, rigoros einzuschränken auf die Verpflichtung, gegen alles was rechts ist, vorzugehen. Damit soll dann auch noch der Demokratie Genüge getan sein.

Soviel Zynismus und blanke Ideologie war wohl noch nie! Aber wir wissen: Das wird keinen weisungsbeflissenen Rechtspfleger davon abhalten, seiner Pflicht nachzugehen und alles Nicht-Ihm-Passende in die rechte Ecke zu stellen, auf das jeder Bürger davon abgehalten wird, auf das Rechtmäßige, womöglich gar Ge-Rechte zu vertrauen. Jeder sieht hier, welche phänomenalen Verwirrungen den Autofahrer, der gerade die Verkehrsinsel umrundet, angesichts dieser Emblematik beschleichen müssen.

Wir befinden wir uns hier in babylonischen Verhältnissen, wo bekanntlich in biblischen Zeiten eine göttlich verfügte Sprachverwirrung die Menschen entzweite und keiner den anderen mehr verstand. Der Unterschied zur Gegenwart: Heute werden wir auf Reduzierung und Verödung der Sprache getrimmt. Ein *Wording* von vielleicht 100 Worten genügt inzwischen, um eine *gefr-amte* Wirklichkeit zu erzeugen. Gegen Rechts – na klar: There we go.

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

• 49 (0)162 / 63 60 112

JETZT INTERNATIONALE VORSCHRIFT:

WHO KANN AUF VERDACHT PANDEMIEN AUSRUFEN

Der Beschluss steht: Die Internationalen Gesundheitsvorschriften wurden geändert und der Pandemievertrag soll bald folgen. Aber es gibt auch positive Entwicklungen … | Von Klaus Müller



Demokraten machen die Sache unmissverständlich klar.
Foto: Georgi Belickin/DW

Am 1. Juni, dem letzten Tag der 77. WHO-Jahresversammlung, haben sich in Genf die 194 Mitgliedsländer auf eine Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) verständigt.

In Zukunft kann der WHO-Generaldirektor bereits bei bloßem Verdacht eine Pandemie ausrufen. Schon die Gefahr einer eventuellen Überlastung der Gesundheitssysteme, die bei jeder größeren Grippewelle besteht, reiche dafür aus – auch wenn sie wie bei Corona letztlich gar nicht eintritt. Allerdings: Während die WHO von »umfassenden« Änderungen spricht, bezeichnen Experten sie nur als »marginal«. Denn die Änderungen gehen nicht so weit, wie sie ursprünglich beabsichtigt waren.

»Wichtiger als das, was beschlossen wurde, sind die WHO-Vorschläge, die von den Mitgliedstaaten abgelehnt wurden. Die Liste zeigt, welch unglaubliche Macht die WHO haben will«, erklärte Finanzwissenschaftler Professor Stefan Homburg (Leibniz-Universität in Hannover) am 2. Juni 2024 auf dem Digitalportal X. Abgelehnt wurden unter anderem der gesamte One-Health-Ansatz, digitale Impfpässe, die Streichung der Menschenrechte sowie diverse weitere WHO-Kompetenzen, zum Beispiel die Möglichkeit, Medikamente einzuschränken, Impfungen vorzuschreiben sowie nicht-gesundheitliche Notfälle wie einen Klimanotstand auszurufen und ungetestete Impfstoffe auf den Markt bringen zu können. »Die Machtergreifung der WHO wurde im Großen und Ganzen von den Nationen abgelehnt«, resümiert der Wissenschaftsblog tkp.at. Aber auch Homburg räumt ein, dass die Pandemie-Definition »so schwammig« sei, »dass die WHO mit Hilfe von Modellierern jeden Tag eine ›Pandemie‹ ausrufen könne.« Und klar ist: Auch wenn der Pandemievertrag nun zunächst gescheitert ist – es wird weiter verhandelt, um das Abkommen innerhalb eines Jahres doch noch beschließen zu können.

IMPFPFLICHT FÜR SOLDATEN IST GEFALLEN

Es gibt jedoch auch positive Entwicklungen. So ist die Corona-Impfpflicht bei der Bundeswehr laut Medienberichten vom 29. Mai 2024 gefallen. Der Grund: Boris Pistorius (SPD) wollte sich vor dem Bundesverwaltungsgericht nicht der Wahrheit stellen. Der Kriegsminister hätte dort offenbaren müssen, dass seine Behörde keine Belege für einen Nutzen der Spritzen hat. Am 24. November 2021 hatte das Bundesverteidigungsministerium die Covid-19-Giftspritzen in eine Liste von Impfungen aufgenommen, die für Soldaten verpflichtend waren, sofern keine besonderen gesundheitlichen Gründe dagegen sprachen. Für die gefährlichen experimentellen Covid-Injektionen bestand seitdem eine sogenannte Duldungspflicht. Wer sich den Spritzen verweigerte, um seine Gesundheit zu schützen, dem drohten Disziplinarmaßnahmen bis hin zur unehrenhaften Entlassung aus dem Dienst.

Während die Bundesregierung an einer Corona-Aufarbeitung weiterhin nicht das geringste Interesse zeigt, ist das Ausland schon einen Schritt weiter. Dort wird der Druck auf die Impffaschisten immer größer. Immunologe Anthony Fauci, Berater der US-Regierung während der Plandemie, steht im Fokus der Öffentlichkeit, weil er vor dem Corona-Untersuchungsausschuss in Washington aussagen muss. Was dort offenbart wird, dürfte die Leser dieser Zeitung kaum überraschen. Laut eines Berichts der britischen Boulevardzeitung Daily Mail vom 3. Juni 2024 gab Fauci zu, dass einige vermeintliche Covid-Schutzmaßnahmen wie die Zwei-Meter-Abstandsregel und das Maskentragen für Kinder von ihm ohne jegliche wissenschaftliche Evidenz für die US-Öffentlichkeit schlichtweg erfunden worden waren. Der Telegraph berichtete unterdessen am 4. Juni, dass die Covid-Impfstoffe »zum Anstieg der Übersterblichkeit beigetragen haben« könnten.

In Deutschland wurden die Protokolle des Robert-Koch-Instituts (RKI) zu den Corona-Krisenberatungen am 30. Mai 2024 in einer neuen, nun in weiten Teilen entschwärzten, Version veröffentlicht. Daraus geht immer deutlicher hervor, dass die Plandemie politisch gesteuert war und völlig wissenschaftsfern gehandelt wurde. Die »Testungen« etwa wurden (im März 2020) massiv hochgefahren, um von einem rasanten Anstieg der Fallzahlen sprechen zu können: »Eine Zunahme der Testungen kann einen künstlichen Anstieg erzeugen, ohne dass sich der epidemiologische Verlauf ändert …«, heißt es dazu in den Protokollen am 6. April 2020 (Seite 7).

»Das Kartenhaus der Corona-Politik stürzt gerade ein. Drosten, Merkel, Spahn, Lauterbach u. a. werden sich verantworten müssen. Von Fehlern kann nicht mehr gesprochen werden. Man wusste es besser! Die Frage ist, wie umfangreich das Wissen der Verantwortlichen war. Auch die Ministerpräsidenten und Gesundheitsminister der Bundesländer können sich nicht freizeichnen. Alle Beteiligten haben der Gesellschaft und vielen einzelnen Bürgern großen Schaden zugefügt«, bringt Epidemiologe Dr. Friedrich Pürner am 5. Juni 2024 auf X den Stand der Dinge auf den Punkt. Worauf diese Zeitung von Anfang an hingewiesen hat, sollte langsam auch der Letzte realisieren: Die angebliche Pandemie war ein *Fake*, ein Betrug, ein Verbrechen an der Menschheit.

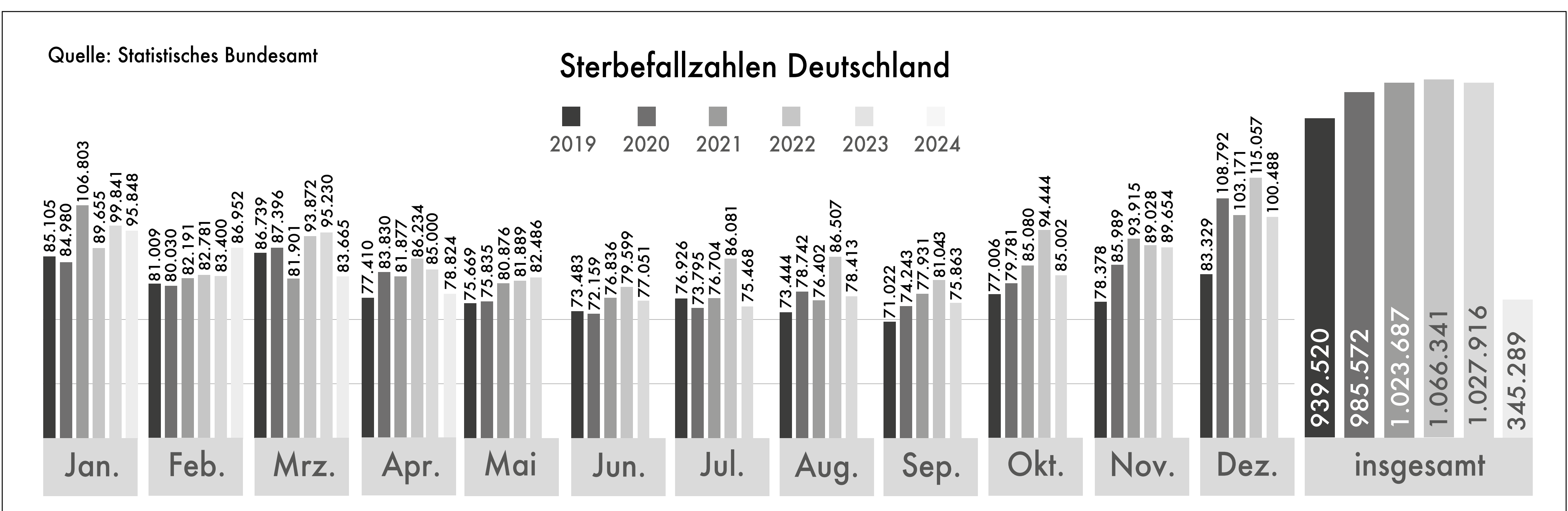
MELDUNG

UNGEHEURES VERBRECHEN

Berlin/DW. Erschütternde Zahl: Während der Besuchsverbote in der Corona-Plandemie sind laut jüngsten Krankenhausdaten des Abrechnungsportals INEK in deutschen Krankenhäusern mindestens 312.897 Menschen einsam, ohne persönlichen Beistand und vermutlich völlig verzweifelt verstorben. Dies wurde Ende Mai 2024 bekannt. Wie eine Anfrage des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) offenbart, will die Bundesregierung über diese Folge der Corona-Maßnahmen, die einem Angriff auf die Menschenwürde gleichkamen, »keine Kenntnis« gehabt haben. (kmü)

»EXPLOSIONSARTIGER« ANSTIEG DER PFLEGEBEDÜRFTIGEN

Berlin/DW. Die Pflegefälle in Deutschland sind »plötzlich explodiert«. Statt der erwarteten 50.000 neuen Pflegefälle, sind nun über 360.000 Menschen auf Pflege angewiesen. Karl Lauterbach (SPD) gibt sich ratlos: »Woran das liegt, verstehen wir noch nicht genau«, erklärte er Ende Mai gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Dem Gesundheitsminister zufolge dürfte dies mit den Jahrgängen der Babyboomer zu tun haben, »die nun ebenfalls pflegebedürftig werden«. Dabei steht der rosa Elefant nach dreijähriger Impfkampagne mit experimentellen mRNA-Injektionen mitten im Raum. Der Frage, ob es hier tatsächlich einen Zusammenhang gibt, möchte die Politik jedoch nicht auf den Grund gehen. (kmü)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Sommerhit des Jahres: Döp, dö, dö, döp

Und der BVB stimmt Fans auf Krieg ein – Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, haben Sie seit zwei Wochen auch diesen Ohrwurm, den Sie einfach nicht mehr loswerden? Das 23 Jahre alte Liebeslied »L'Amour Toujours« von Gigi D'Agostino – oder wie KI-Satiriker Snicklink ihn nennt: Gigi D'Adolfstino – ist in den deutschen *Charts* an die Spitze gestürmt, längst der Sommerhit dieses Jahres und möglicherweise noch viel mehr – etwa eine neue Hymne für den Widerstand? Verantwortlich dafür sind ein paar alkoholisierte reiche Schnösel, die während einer Party auf Sylt zum Lied die Parole »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus« grölten, und vor allem Politik und Hetzmedien, die mit ihrer völlig überzogenen Berichterstattung dem *Song* erst zur neugewonnenen Popularität verhalfen. Streisand-Effekt nennt man das. Oder Eigentor.

»L'AMOUR TOUJOURS« IST EIN SPOTTLIED AUF DAS REGIME

Das Lied hat sich verselbstständigt. Es gibt schon eine Deutschland-Karte über sämtliche »Missbrauchsfälle« des *Songs*. Kein Witz: In Magdeburg wurden Autofahrer von der Polizei gestoppt, weil sie das Lied trällerten. Um es klar zu sagen: Die Parole meinen nur Dummköpfe wirklich ernst, die allermeisten drücken mit diesen Zeilen oder der Melodie in diesen irren Zeiten einfach nur ihre Verachtung aus – gegenüber einem Regime, das vorsätzlich gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung handelt. »Die Nazi-Schablone der Globalisten hat erstmals nicht gewirkt«, merkte *AUF1*-Chef Stefan Magnet auf Telegram an. Ich finde, das Lied wäre perfekt geeignet als Torjubelhymne bei der bevorstehenden Fußball-EM, zumal nicht nur die UEFA das Lied inzwischen verboten hat, auch auf der Berliner Fanmeile und dem Münchner Oktoberfest darf es nicht gespielt werden. Bevormundung und Verbote sind die Deutschen ja gewohnt. Doch das Motto lautet: Jetzt erst recht! Döp, dö, dö, döp ...

BOMBENSTIMMUNG BEI BORUSSIA DORTMUND

Da ich beim Fußball bin: Bundesligist Borussia Dortmund hat einen *Coup* gelandet und einen überaus beliebten neuen Sponsor gewinnen können: Der Rüstungskonzern Rheinmetall wird die Schwarz-Gelben künftig finanziell unterstützen. Laut *Bild* fließen 20 Millionen Euro für drei Jahre. »Dieser *Deal* setzt einen neuen Tiefpunkt auf einer



Gigi D'Agostino ist empört, dass sein alter Hit »L'Amour Toujours« mancherorts verboten wurde. Dies sei »wie eine Rückkehr ins Mittelalter«, erklärte der italienische Musiker. Foto: Commons

anscheinend nach unten offenen Geldgier-Skala«, erklärte Jost Peter, Vorsitzender der Fanorganisation *Unsere Kurve*. Auf X fragt ein Fan: »Hey BVB, hat euch wer ins Hirn geschissen?« Na, warum denn so humorlos? Andere sind schon gespannt: Was kommt als Nächstes? Wird Heckler & Koch neuer Namensgeber des BVB-Stadions? Rückt Strack-Trümmermann in den Aufsichtsrat des Vereins oder sehen wir die Waffenlobbyistin bald sogar kickend auf dem Rasen? Bekommt das BVB-Trikot ein neues Design – mit ein paar Blutspritzern auf dem langweiligen Gelb? Wird der Mannschaftsbus künftig durch Panzer ersetzt? Und warum wurden die Silben »russia« noch nicht aus dem Vereinsnamen gestrichen? Fragen über Fragen. Geläufige Fußball-Begriffe wie »Torschuss«, »Verteidigung«, »Angriff« oder »Bombenstimmung« bekommen im Zusammenhang mit Borussia Dortmund jedenfalls ab sofort eine völlig neue Bedeutung.

Kommen wir nochmals zu den Ereignissen von Sylt: ÖRR und Konzernmedien waren in ihrer Begeisterung, die Suffköppe zu ächten, nicht zu stoppen. Während die Persönlichkeitsrechte von gefährlichen Straftätern stets geschützt werden, wie es auch beim Attentäter von Mannheim (Seiten 2, 4) der Fall war, wurden die Sylt-Schnösel von der Lügenpresse meist unverpixelt gezeigt. Warum? Weil es sich »um ein zeitgeschichtliches Ereignis« gehandelt haben soll, war sich etwa der *WDR* nicht um eine peinliche Ausrede verlegen. Auch der *NDR* wurde auf X wegen seiner Sylt-Berichterstattung kritisiert. Nutzer machten darauf aufmerksam, dass etwa Gruppenvergewaltigungen, die oft durch Migranten begangen werden, deutlich weniger Aufmerksamkeit bekämen. Die Antwort des *NDR*? Gleich zwei Mal ein gähnender *Emoji*. Widerlich! Den Terroranschlag von Mannheim versuchte der ÖRR dagegen zu relativieren und hätte ihn am liebsten ganz unter den Teppich gekehrt – in der *Tagesschau* hätte sich das dann wohl so angehört: »Bei einer Kundgebung ist ein gesichert rechtspopulistischer und mehrfach vorbestrafter Extremist in das offene Messer eines Mannes gefallen ...« (Telegramkanal *Politische Bilder*).

Tja, der ÖRR fabuliert weiterhin auch über das Klima. So bezeichnete die *Tagesschau* den kalten und viel zu nassen Frühling 2024 als den wärmsten seit Aufzeichnungsbeginn und berief sich dabei auf den Deutschen Wetterdienst. Aber die Propaganda verfängt sich immer mehr: Auf Facebook erntete der Beitrag bis Dienstag über 28.000 Tränen lachende *Emojis*, aber nur rund 2.700 zustimmende Daumen. Für Erheiterung sorgte vor einer Woche *ARD*-Chef Kai Gniffke auf Linkedin, als er dort schrieb: »Wenn wir das Vertrauen des Publikums verspielen, können wir einpacken.« Herr Gniffke gehört gekniffen. Hallo? Aufwachen, es ist Zeit einzupacken!



Wessen Blutgeld ich nehm, dessen Lied ich sing: Für den schnöden Mammon geht bzw. rollt Fußball-Bundesligist Borussia Dortmund ab sofort über Leichen. Foto: Commons, Montage: Feuerstacke.

SCHOLZ' EIGENLOB, STEINMEIERS »FICKSTERN«

Wie es um das Demokratieverständnis der deutschen Politfiguren bestellt ist, wissen wir spätestens seit Corona. Dass es sich bei der Plandemie nicht um einen Ausrutscher handelte, führen sie uns immer wieder aufs Neue vor Augen. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) forderte am Rande der Feierlichkeiten zum 75. Geburtstag des Grundgesetzes für die Feierbiester von Sylt nach Paragraph 86a StGB tatsächlich bis zu fünf Jahre Gefängnis wegen Volksverhetzung und führte das Grundgesetz damit ad absurdum. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich? Für Bärbel Bas offenbar nicht. Denn die Parole »Ausländer raus« ist zwar fürchterlich, aber – wie das Bundesverfassungsgericht bereits 2010 entschieden hatte – durch die Meinungsfreiheit gedeckt. »Deutschland ist, wenn du nach zwei Tagen deinen Job verlierst, weil du beim Saufen ein falsches Lied singst, aber Innenministerin bleibst, wenn ein vor neun Jahren abgelehnter Asylbewerber einen Polizisten killt«, bringt es der Telegramkanal *Politische Bilder* einmal mehr auf den Punkt.

Auch absurd: Bei einem Bürgergespräch in Potsdam Ende Mai sagte Kanzler Olaf Scholz (SPD): »Ich bin der wirtschaftsfreundlichste Bundeskanzler seit Ewigkeiten«. Sagt einer, der nicht mehr weiß, was er morgens gefrühstückt hat. Den vom Hochwasser in Süddeutschland betroffenen Menschen versprach Scholz derweil Hilfe. Die Menschen im Ahrtal würden in Anbetracht dessen lachend am Boden liegen, wäre ihnen nicht (immer noch) zum Heulen zumute. Auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie der Kanzler präsentierte sich einmal mehr Bundespräsident Frank-Spalter Steinmeier, der bei der Feier zum Grundgesetz sagte: »Und über allem steht ein Fickstern.« Das erklärt einiges. So, ich mache es mir jetzt mit meiner Wärmflasche gemütlich, dazu gibt's ein bisschen Musik: Döp, dö, dö, döp ...



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

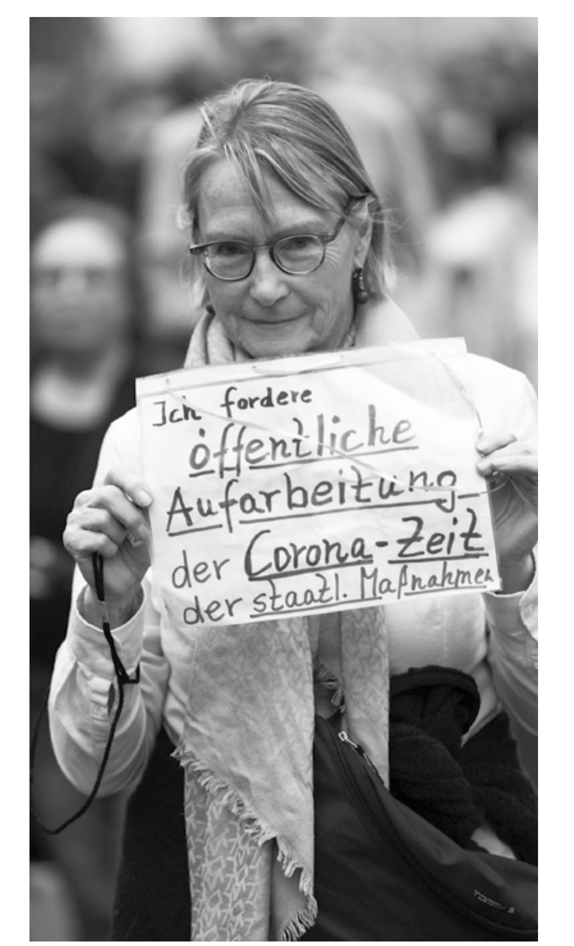
DER TERROR VON MANNHEIM







Michael Stürzenberger und sein Team von der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) bereiteten am Freitag, 31. Mai 2024, auf dem Marktplatz in Mannheim ihre Kundgebung, die über den politischen Islam aufklären sollte, vor. Zum Schutz der Veranstaltung waren mehrere Polizeikräfte vor Ort. Der Afghane Sulaiman Ataee (25) hatte das Geschehen zuvor bereits einige Zeit beobachtet. Als die Polizeibeamten nicht in umittelbarer Nähe waren, schlug er gegen 11:30 Uhr zu (Foto 1) und attackierte u. a. Michael Stürzenberger (Foto 2), auf den er mehrfach vehement mit einem Messer einstach (Foto 3). Wenige Sekunden später griff er den 29-jährigen Polizisten Rouven L. an, stach von hinten auf ihn ein und fügte ihm schwere Hals- und Kopfverletzungen zu (Foto 4). Erst danach wurde Ataee von einem weiteren Polizisten mit einem Schuss niedergestreckt (Foto 5). Der komplette Vorfall dauerte 25 Sekunden. Der Tatort liegt in einer sogenannten Waffenverbotszone. Stürzenberger wurde von den Behörden verboten, eine Stichschutzweste zu tragen, weil diese eine »passive Bewaffnung« sei. Rouven L. erlag später im Krankenhaus seinen Verletzungen. Stürzenberger und die weiteren verletzen Opfer befinden sich auf dem Weg der Besserung. Screenshots: Augen Auf!-Tour/BPE



Demokratin auf der Geburtstagsdemonstration zu vier Jahren Demokratiebewegung auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz am 30. März 2024. Demonstranten, die hier unter der Corona das Grundgesetz hoch hielten wurden von einer entfesselten Staatsmacht körperlich angegangen, verhaftet und vor Gericht gezerrt. Foto: Georgi Belickin/DW

»Widerstandshymne«?

Keine Lust auf die Sylter Zahnarzt-, BWL- und Juristensause im Poloshirt

Von Gordon Pankalla

»Ausländer raus!«, grölen die reichen Party-Kids aus Sylt. »Alle in Deutschland feiern aktuell diese Widerstandshymne, wie geil ist das denn?«, meint der Youtuber Elijah Tee.

Tee, ist völlig begeistert, dies hätte er in seinen kühnsten Träumen nicht für möglich gehalten. »Zusammengehörigkeitsgefühl, ein bisschen Friede, ein bisschen Freundschaft, nichts anderes, was dieser Song vermittelt«, meint Elijah Tee. »Wir wollen das einfach singen und wir wollen das insbesondere singen, weil ihr es uns verbieten wollt, weil ihr keine Ahnung habt, wie wir dieses Lied interpretieren, ja diese Menschen die sagen nichts anderes als ein riesengroßes ›F U‹ (Abkürzung für Fuck You, engl. für Leckt mich am Arsch, Anm. d. Redaktion). Ein riesengroßer Mittelfinger in Richtung Regierung, das sind keine Nazis, liebe Freunde. Das sind junge Menschen die in ihrer Freizeit einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen.«

Was in den Augen von Elijah Tee eine »sinnvolle Freizeitbeschäftigung« ist, kann ich beim besten Willen nicht mehr nachvollziehen. Ausländerfeindliche Parolen zu grölen und dazu den Hitlergruß zu machen, für »ein bisschen Frieden und Freundschaft«?

Dies sehe ich jedenfalls nicht als eine sinnvolle Beschäftigung an, sondern finde dies einfach nur noch ekelhaft. Wie »wir« das Lied interpretieren, sollte klar sein: Es geht nicht mehr um illegale Zuwanderung oder Asylmissbrauch. Es geht jetzt schlicht darum: Alle Ausländer haben sich aus Deutschland zu verpissen. Das ist es was uns vermittelt werden soll. »Deutschland den Deutschen« und für Ausländer soll es keinen Platz mehr geben. Anders kann man das gar nicht verstehen, wenn man diese Töne anspielt. Für Tee würde dies dann übrigens bedeuten, dass er zurück nach Russland ziehen müsste – Künstlerpech!

Als »Herzensanwalt« habe ich mich gegen die Spaltung der Bevölkerung in der Coronakrise eingesetzt. Ich lehne es strikt ab, selbst zur Spaltung beizutragen und dies habe ich nicht nur bei Elijah Tee gesehen, sondern auch auf ganz vielen anderen Kanälen – davon will und muss ich mich ganz klar distanzieren. Für diese Art eines angeblichen Widerstands stehe ich nicht zur Verfügung.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.



ZUM 75. GEBURTSTAG DES GRUNDGESETZES

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. jur. Martin Schwab

Am 23. Mai 2024 ist das Grundgesetz 75 Jahre alt geworden. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren die Werte, die es repräsentiert, so sehr in Gefahr wie heute.

Die nachfolgende Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit:

Wir haben eine Bundesregierung, die ihren Geheimdienst auf die Opposition ansetzt. Und die Gerichte machen mit (siehe Oberverwaltungsgericht Münster, Urteile vom 13. Mai 2024 – 5 A 1216/22, 1217/22, 1218/22 in Sachen AfD).

Man darf gespannt sein, was die Gerichte dazu sagen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz mittlerweile sogar seinen früheren Präsidenten Hans-Georg Maaßen beobachtet. Mittlerweile muss jeder Regierungskritiker die Sorge haben, Adressat jener schweren Grundrechtseingriffe zu werden, die das Bundesverfassungsschutzgesetz erlaubt. Der »Schutz der Verfassung« wird auf diese Weise zum Deckmantel für politische Verfolgung.

Wir haben Gerichte, die bei der rechtlichen Bewertung von regierungsfreundlichen und regierungskritischen Äußerungen mit zweierlei Maß messen. Wir haben eine Polizeiführung, die selbst offensichtlich rechtswidrige Übergriffe von Polizeibeamten auf friedliche Demonstranten deckt. Auch vor Gericht dürfen betroffene Demonstranten nur selten auf Gerechtigkeit hoffen. Wir haben regierungstragende Parteien, die sich zu einem beträchtlichen Teil aus Konzernspenden finanzieren. Die Allianz von Macht und Geld stellt eine ganz besondere Gefahr für die Demokratie dar.

»GEKIDNAPPTE« INSTITUTIONEN

Wir haben Gerichte, die sich weigern, die Exekutive zu kontrollieren (»Das RKI hat immer recht«), und die teilweise bereit sind, die Keule des Strafrechts auszupacken, um dünnhäutige Politiker gegen scharfe Kritik an ihrer Person in Schutz zu nehmen. Dabei breiten sie den Mantel des strafrechtlichen Schutzes selbst über solche Politiker aus, die (wie etwa Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP) ihrerseits mit ihrer Wortwahl gegenüber ihren Kritikern nicht besonders zimperlich sind.

Wir haben Parlamentsabgeordnete und Regierungsmitglieder, die sich mit Händen und Füßen gegen die Aufarbeitung des Raubbaus sperren, der in der Corona-Zeit an den Grundrechten verübt wurde, und die sich um die Bedrohung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch supranationale Organisationen (WHO) nicht scheren.

Wir haben Parlamentsabgeordnete und Regierungsmitglieder, die versuchen, uns in einen ruinösen Krieg mit Russland zu treiben. Vom Generalbundesanwalt wurde jüngst selbst die völkerrechtswidrige Vorbereitung von Kampfhandlungen der Bundeswehr gegen russisches Territorium gedeckt. Und wer dafür wirbt, den Ukraine-Konflikt im Verhandlungsweg zu lösen und zu diesem Zwecke wenigstens zu versuchen, die russische Seite zu verstehen (was ja nicht mit einer Billigung gleichzusetzen, sondern ganz im Gegenteil grundlegende Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen ist!), riskiert strafrechtliche Verfolgung.

Wir haben Straf- und Disziplinarverfolgungsbehörden, die Regierungskritiker systematisch verfolgen – jüngstes Beispiel: die juristisch wirklich unterirdisch begründete Disziplinarverfügung gegen den Münchener Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. phil. Michael Meyen (wegen dessen Spende an die Rote Hilfe e.V. und seiner Herausgeberschaft dieser Zeitung); red.). Und wir haben eine Medienlandschaft, in der zahlreiche herkömmliche, teilweise sehr reichweitenstarke Medien ihre Rolle in einem demokratischen Staat pervertieren, indem sie, statt den »Wachhund der Öffentlichkeit« (BGH, Urteil vom 10. April 2018 – VI ZR 396/16, Rn. 21, 31) zu repräsentieren, sich zum Wachhund der Regierung über die Öffentlichkeit aufschwingen.

Der frühere Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde hat einst gesagt: »Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.«

BÖCKENFÖRDE-DIKTUM UND HOBBES »WOLF«

Man könnte es auch so formulieren: Der Staat ist immer nur so gut wie jene, die für ihn handeln. Alle, die in diesen Tagen, angeblich für einen Gewinn an Sicherheit, der Ausweitung staatlicher Überwachungsbefugnisse das Wort reden, seien daran erinnert, dass ein solcher Gedankengang einen wesentlichen Aspekt ausblendet: Überwachung bringt nur einen Gewinn an Sicherheit, wenn der Überwacher besser ist als der zu Überwachende. Es bringt überhaupt nichts, die Gefährdung des Individuums durch andere Individuen gegen die Gefährdung des Individuums durch Träger staatlicher Gewalt einzutauschen.

In Anlehnung an ein berühmtes Zitat von Thomas Hobbes: Der »homo« ist dem »homini« auch und gerade dann ein „lupus“, wenn er staatliche Macht ausübt. Diese Erkenntnis war die Wurzel der aufgeklärten Staatstheorie (John Locke, Montesquieu, Jean Jacques Rousseau u. a.) und insbesondere des Gewaltenteilungsgrundsatzes. Heute scheint jene Erkenntnis zunehmend in Vergessenheit zu geraten.

Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat sind keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen jeden Tag aktiv darum ringen. Heute mehr denn je.

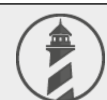
MELDUNG

REGIME BEKÄMPFT SEINE GEGNER

Hannover/Detmold/Koblenz/DW. Pianist Arne Schmitt hatte am 4. Juni am Landgericht Hannover seine Berufungsverhandlung wegen des Vorwurfs der Kunsturheberrechtsverletzung. Laut Schmitt, der sich erneut selbst verteidigte, wurde mehr als neun Stunden verhandelt, vier Polizisten und der Richter der ersten Instanz waren im Zeugenstand. Ergebnis: Die Berufung wurde von Staatsanwaltschaft und dem Beklagten abgelehnt, das Urteil aus der ersten Instanz bliebe rechtskräftig. »Jetzt machen wir erst recht weiter«, gab sich Schmitt anschließend kämpferisch.

Das Landgericht Detmold hat am 5. Juni die Berufung von »Love Priest« Tim Kellner gegen ein Urteil vom Amtsgericht von Oktober 2023 zurückgewiesen. Demnach wurde die Strafe von 11.000 Euro wegen Beleidigung von Nancy Faeser (SPD), Emilia Fester (Bündnisgrüne) und Sawsan Chebli (SPD) bestätigt, was der YouTube-Satiriker und Ex-Polizist hinterher als »keine große Überraschung« bezeichnete. Kellner kündigte an, dass er den Kampf für die Meinungsfreiheit »bis zum Ende durchfechten« und «durch alle Instanzen gehen« werde.

Vor dem Oberverwaltungsgericht Koblenz wehrte sich am 5. Juni in einem Berufungsverfahren Lehrerin Myriam Kern aus Landau. Das Verwaltungsgericht (VG) Trier hatte 2023 entschieden, dass sie aus dem Schuldienst entfernt werden und ihren Beamtenstatus verlieren soll. Grund: Sie hatte auf Demos und in sozialen Medien u. a. gesagt: »Unsere Politiker prügeln unser Recht auf Meinungsfreiheit mit Nazikeulen und Hassetze nieder.« Nach Auffassung des VG habe sie gegen ihre Pflicht zur politischen Mäßigung verstoßen und den Schulfrieden gestört. Über die Berufung wurde noch nicht entschieden. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14.00 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
GRAZ – A: Donnerstag 19.30 • ORF Steiermark • Vortrag Raphael Bonelli
WIESBADEN: Samstag 19.30üWiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALSENZ, 18 Uhr, am Marktplatz – ALTENHUNDEM, 19 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EHRENFRIEDERSDORF, 19 Uhr, am Markt – ENDINGEN AM KAISERSTUHL, 19 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FRÄNKISCH-CRUMBACH, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – HAUENSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus – Perleberg, 18 Uhr, Großer Markt – RECHBERGHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – RIPPOLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – SCHARBEUTZ, 18 Uhr, am Seebrückenplatz – SCHWARZENBEK, 17:30 Uhr, am Rathaus – TANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Rathaus – UNTERGRUPPENBACH, 18 Uhr, Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 8.6.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 8.6.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 8.6.2024 16-20 Uhr	Dresden, Neumarkt (Frauenkirche)	Demo
Sa, 8.6.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 8.6.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 8.6.2024 14-16 Uhr	Freiburg, Konrad Adenauer Platz, gegenüber vom Konzerthaus	Demoaufzug
Sa, 8.6.2024 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 8.6.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 8.6.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 8.6.2024 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 8.6.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 9.6.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 10.6.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 10.6.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 10.6.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 10.6.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 10.6.2024 19-20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 10.6.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 10.6.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 10.6.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18:45-21 Uhr	Feucht, Altdorfer Str., am Schneckenbrunnen	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 10.6.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 10.6.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-19 Uhr	Melsungen, Am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 10.6.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 10.6.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 10.6.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 10.6.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 10.6.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 10.6.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 10.6.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 10.6.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 11.6.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 11.6.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 11.6.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 11.6.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 11.6.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 12.6.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 12.6.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 12.6.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 12.6.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 12.6.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 12.6.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 12.6.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 12.6.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 12.6.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 12.6.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 12.6.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 13.6.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 13.6.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 13.6.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 13.6.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 13.6.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 13.6.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 13.6.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 13.6.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 13.6.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 13.6.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 14.6.2024 18-19:30 Uhr	Bielefeld, Jahnplatz	Spaziergang
Fr, 14.6.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 15.6.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 15.6.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 15.6.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 15.6.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 15.6.2024 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 15.6.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 15.6.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Mo, 1.7.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mi, 3.7.2024 15-16:30 Uhr	Bielefeld, Rathausplatz	Spaziergang
Sa, 3.8.2024	Berlin, Siegessäule	GROẞDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse ***veranstaltung@demokratischerwiderstand.de*** **senden.**
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN

QUERDENKER GERICHTSHOF

CORONA-TRIBUNAL

Der Immobilienhändler im Bundesgesundheitsministerium, Jens Spahn (CDU) rief laut NTV am 22. April aus: »Corona-Aufarbeitung darf kein Querdenkergerichtshof werden!«

Sie wird eines. Am 2. August 2024 steht in Berlin in öffentlicher Verhandlung und unter den Augen der Weltöffentlichkeit unter anderem Jens Spahns Handlungen im Amt zur Disposition. Der Vorgang scheint den umstrittenen CDU-Politiker so sehr aufzuregen, dass dieser kurzfristig den Gründer unter anderem dieser Zeitung, Anselm Lenz, am 11. Juli noch schnell vor Gericht persönlich treffen möchte. Um Entschuldigung zu bitten? Wir werden alle nicht weichen!

Ab 3. August wird dann die große Querdenken-Demonstration in Berlin stattfinden. Es gibt also mehrere Gründe, zeitig anzureisen. Der QD-Gründer Michael Ballweg gab übrigens am Mittwoch seine Kriegsdienstverweigerung bekannt: »Michael Ballweg hat heute öffentlich seine Entscheidung bekannt gegeben, den Kriegsdienst zu verweigern. Dies geschieht vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland, ausgelöst durch den Ukraine-Russland-Konflikt und die Äußerungen von Verteidigungsminister Boris Pistorius«, so die QD-Pressestelle am 5. Juni.

• Justizvollzugsanstalt Chemnitz, Dr. med. Bianca Witzschel, Thalheimer Straße 29, 09125 Chemnitz, fingierter Vorwurf des Regimes: Ausstellen von Maskenattesten

• Justizvollzugsanstalt Landshut, Maximilian Eder, Berggrub 55 84036 Landshut, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

• Justizvollzugsanstalt Sehnde, Michael Fritsch, Schnedebruch 8, 31319 Sehnde, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

• Justizvollzugsanstalt Koblenz, Dr. Dorothea Thul, Simmerener Str. 14a, 65075 Koblenz, fingierter Vorwurf des Regimes: Volksverhetzung

• Justizvollzugsanstalt Stammheim, Rüdiger von Pescatore, Asperger Str. 60, 70439 Stgt.-Stammheim, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

• Justizvollzugsanstalt Stammheim, Andreas Meyer, Asperger Str. 60, 70439 Stgt.- Stammheim, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

• Justivollzugsanstalt Schw.-Gmünd, Johanna Findeisesn-Juskoswiak, Herlikoferstr. 19, 73527 Schwäbisch Gmünd, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

• Justizvollzugsanstalt Mannheim, Dr. Jürgen Peters, Herzogenriethstr. 111, 68169 Mannheim, fingierte Vorwürfe des Regimes: Ausstellen von Maskenattesten, Verschreibung von Canabis an Patienten.

Der Querdenkergerichtshof tagt ab 2. August 2024. Bis dahin müssen alle politischen Gefangenen freigelassen sein. (ale)



Rechtsanwalt Reiner Füllmich klärte mit der ab Mitte 2020 auf YouTube sendenden Stiftung Corona-Ausschuss sehr erfolgreich auf. Unter dem Vorwand einer mutmaßlichen Spendenaffäre wird er nun seit sechs Monaten vom BRD-Terrorregime in Folterhaft gehalten. Foto: DieBasis

EINER VON VIELEN

Der große Hamburger Arzt Dr. Walter Weber steht vor Gericht. Über das groteske Mammutverfahren mit fast 20 Verhandlungstagen | Von Lera Kubach

Der vierte Prozesstag gegen den Hamburger Arzt Dr. Walter Weber am 05. Juni 2024 vor dem Landgericht Hamburg begann mit Unruhe und Verzögerung. Ihm wird vorgeworfen, »unrichtige Gesundheitszeugnisse« zu Masken ausgestellt zu haben.



Aufrecht: Dr. Walter Weber (re.) mit seinen Anwälten Holger Willanzheimer (li.) und Ivan Künnemann nach einem langen Prozesstag. Foto: DW/sso

Ein deutlich kleinerer Gerichtssaal war für diesen Verhandlungsrunde ausgewählt worden. Erst nach Beschwerden der Prozessbeobachter aus der Demokratiebewegung wurden zu den vorhandenen elf Sitzplätzen neun weitere organisiert. Der Start verzögerte sich außerdem durch Behinderung der Berichtserstattung und Pressefreiheit. Drei von fünf Pressevertretern wurden von Staatsbeamten erst gar nicht in den Gerichtssaal gelassen. Dr. Weber erschien unter Beistand seiner Verteidiger Rechtsanwälte Ivan Künnemann und Holger Willanzheimer sowie zwei dezent auftretenden Stenographen – eine Audioaufzeichnung war vom Gericht abgelehnt worden.

Das Verfahren begann schließlich mit der Fortsetzung der Befragung der ermittelnden Kommissarin Olfert, die zu Protokoll gab, ihre Ermittlungen gegen den Arzt hauptsächlich anhand von Computer- und Patientendaten geführt zu haben. Im Anschluss wurden zwei Patienten befragt, die von Walter Weber wegen gesundheitlicher Einschränkungen eine Maskenbefreiung erhalten hatten. Ihnen wurde unterstellt, in Wahrheit keine gesundheitlichen Beschwerden und in rechtsbrecherischer Absicht ihren Arzt frei gewählt zu haben. Sowohl die leitende Kommissarin als auch zwei weitere ermittelnde Polizisten, die an diesem Tag befragt wurden, gaben zu Protokoll, nicht in der Lage zu sein, selber Gesundheitszeugnisse über Patienten anfertigen zu können.

Der Prozesstag dauerte von morgens bis in den späten Nachmittag. Der nächste wurde für Donnerstag, den 6. Juni 2024 nach Redaktionsschluss angesetzt. »Ich habe mich an das Gesetz, ärztliche Berufsordnung, Wissenschaft und Genfer Gelöbnis gehalten«, so Walter Weber. In der kommenden Woche geht es in die nächste Runde.



Demokraten am 04. Juni 2024 auf einer Autobahnbrücke kurz vor Backnang. Im Rahmen der bundesweiten Aktion »Brückenleuchten« fordern sie den Rücktritt der Bundesregierung und Frieden und Demokratie für Deutschland. Foto: Telegram/ A. Konrad



Im Einsatz: Ältere Semester in Altenburg am 3. Juni 2024. Foto: Telegram



Halle am 27. Mai 2024. Jeden Montag gehen die Demokraten hier auf die Straße. Foto: Telegram/Tobias Gembalski



»Über sieben Brücken musst Du gehen.« Demokraten in Breitengüßbach am 4. Juni 2024 auf dem langen Marsch zum Sieg. Foto: Karl Napf



Waren an der Müritz am 3. Juni 2024. Foto: t.Demobilder/Anne



Amberg in der Oberpfalz am 4. Juni 2024. Foto: NDDemofoto/Telegram



Bautzen im Widerstand am 3. Juni 2024. Wie jeden Montag. Foto: t.Demofoto



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Weiterschlafen!«

Ein kleiner Zwischenruf zum Gain-of-Lügen | Von Flo Osrainik

Sie haben mit Coronaviren gepfuscht und uns nach Strich und Faden belogen! Na so was, wer hätte das gedacht?



Im Mai 2024 gibt die New York Post (links) dem Demokratischen Widerstand recht. Die DW-Zeitung, die die Nummer eins der Corona-Aufklärung weltweit ist, erwartet nun hohe und höchste Auszeichnungen, national und international. Fotos: DW

Nun ist es also amtlich, offiziell und raus. Im breiten Mainstream bekommt man das trotzdem so gut wie gar nicht mit, dabei war es doch lange klar: »Beamter der nationalen Gesundheitsbehörde NIH gibt nach jahrelangem Dementi endlich zu, dass die Steuerzahler die Gain-of-Function-Forschung in Wuhan finanziert haben.« Das schrieb die New York Post am 16. Mai 2024. Nur einen Tag später, am 17. Mai 2024, titelte das Blatt dann fleißig hinterher: »Kranke Lügen! Nach Jahren der Täuschung geben Gesundheitspolitiker nun offiziell zu, dass Washington gefährliche Virenfoschung in Chinas Covid-Laboren finanzierte«.

Es geht – jawohl, da war doch zermürbende drei Jahre lang mal was – um Corona. Und auch darum, dass ein gewisser Anthony Fauci, der leitende Gesundheitsberater der US-Regierung unter Donald Trump und Joe Biden, eben doch nur ein gewöhnlicher Lügner ist, dem trotz allem keiner an den Karren pinkelt. Der hatte nämlich immerhin hartnäckig bei Befragungen bestritten, dass die USA jemals diese Forschung in China finanzierten. Fauci in Coronazeiten dazu: »Das NIH hat nie und wird auch jetzt keine Gain-of-Function-Forschung im Wuhan Institute of Virology finanzieren«.

Er meinte jene »Gain-of-Function-Forschung« – oder zu Deutsch: Funktionserweiterungsforschung – zur Übertragbarkeit und Verschärfung tierischer Viren beim Menschen; eine andere ist nämlich nicht bekannt. Zumindest mir nicht. Es geht also um die Laborthese zum künstlichen Ursprung des Coronavirus und eigentlich auch um den ganzen Rattenschwanz zum Untergang der Grund- und Menschenrechte, der dem ganzen Irrsinn weltweit folgte. Bei jenem NIH-Beamten handelt es sich übrigens um Lawrence Tabak, der kein kleines Licht ist, sondern stellvertretender Direktor der Behörde. Zugegeben hatte Tabak das erst neulich, also im Mai 2024 vor dem US-Kongress auf die Frage, ob »die NIH die Funktionserweiterungsforschung am Wuhan Institute of Virology durch EcoHealth finanziert?«

Außerdem, so Tabak, wird »Gain-of-Function-Forschung« auch in vielen Labors in den USA betrieben. Aber das juckt offiziell ja nicht einmal die Fledermäuse. Weil? Ja, vielleicht weil Forschung, die etwas wie Erkältungsviren gefährlicher macht, doch nur zu unser aller Bestem verwendet wird? Und trotzdem planten Forscher schon vor Jahren, Viren – konkret Fledermaus-Coronaviren – zu erschaffen, die genetisch so optimiert sind, dass sie Menschen leichter infizieren können. Dafür wurden viele Millionen US-Dollar beantragt, wie der britische Telegraph bereits am 21. September 2021 berichtete. Und diese viele Millionen US-Dollar wurden verteilt.

Ja bravo, nun als doch noch eine weitere und über die Jahre vom Mainstream des gemeinen Volkes als besonders krude Verschwörungstheorie ver-, vielmehr zerschwurbelte, aber ganz gewöhnliche Verschwörungspraxis. Ein Skandal mit allem drum und dran. Und nun? Untersuchungshaft für Fauci und Kollegen wie bei so einigen Coronamaßnahmenkritikern? Leider nein, auch dieses Mal nicht. Aber wenigstens doch mal ein Skandälchen? Von wegen, auch hier gibt es nichts zu sehen, gehen Sie bitte bloß und ganz schnell weiter. Oder, wie der Kabarettist Franz Esser schreibt und dann auch noch besingt:

»Die kurze Irritation, die die Ereignisse der letzten drei Jahre bei manchen verursacht haben, scheint nun wieder einer großen Müdigkeit zu weichen. War es denn wirklich so schlimm? Können wir denn überhaupt etwas machen? Und wozu das alles? Also: »Alles in Ordnung, weiterschlafen!«

Flo Osrainik, geboren in den 1980ern, Rennfahrer und Journalist. Im Sodenkamp & Lenz Verlagshaus erschien von ihm die »Chronik einer Abrechnung« mit dem Coronaregime.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

WIDERSTAND IM KASTEN

Danke für die Erinnerung, dass unser Abo ausläuft, was wir gleich wieder verlängern.In dieser irren Zeit mit unfähigen und fremdgesteuerten Politikmarionetten freuen wir uns jedes Wochenende auf eine anständige Zeitung. Die zwischenzeitliche Pause zum Krafttanken sei Euch wohl gegönnt. Bitte macht weiter so.

– Marko F., Kirchhain

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

Vielen Dank für den Hinweis auf die Aktion von Michael Ballweg, den Kriegsdienst öffentlich zu verweigern. Ich selber habe den Kriegsdienst Anfang der 90er Jahre nicht verweigert, weil ich das Konzept Bürger in Uniform richtig und wichtig fand. Damals ging es tatsächlich nur um Landesverteidigung. Der Einsatz in Serbien war dann schon hart für mich. Im Endeffekt fand ich heraus, das alle vorgetragenen Kriegsgründe schlichtweg Lügen waren. Frauenbefreiung in Afghanistan war dann noch härter. Nachdem ich von Polizeitruppen dieses Staates auf Coronademonstrationen zu Boden geworfen wurde, bin ich an dem Punkt angekommen, dass ich für dieses Regime keinen Finger mehr rühren werde. Das werde ich dann erst wieder in der Freien Bundesrepublik Deutschland tun.

– Stefan W., Gütersloh

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

instagram.com/demokratischerwiderstand

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

Fortsetzung vom Titel

Stellungnahmen zur EU-Sonntagswahl

DR. MED. VET. STEFANIE SUPÉ, TIERÄRZTIN,
DW-KORREKTORIN, DEMOKRATIEAKTIVISTIN

Ich wäge ab, womit ich mich weniger versündige: Bei diesem Irrsinn nicht mitzumachen, oder diejenigen mit einem bescheidenen Pinselstrich zu unterstützen, die damit werben, wieder mehr Bestimmung auf nationale Ebene zu transportieren. Fest steht, dass ich am Wahlsonntag meine Stimme dafür einsetzen werde, mutigen Mitstreitern zu einem Mandat im Stadtrat zu verhelfen. Wer sich entschließt, seine offizielle demokratische Teilhabe anzutreten, sollte meiner Ansicht nach seine Wahlstimme denjenigen Parteien ad infinitum verweigern, welche einen nicht unerheblichen Teil der Gesellschaft aufgrund ihrer Meinung und Haltung bedrängt, beschimpft, bedroht haben, für wirtschaftlichen Ruin stehen oder gar offen nach Krieg und Verderben fiebern. Der Schelm in mir freut sich auf das Ergebnis wie auf ein Tor der heimischen Mannschaft beim Fußball. Die Spiele mögen beginnen!

ROBERT HÖSCHELE,
BETRIEBSWIRT-IHK, CSU-MITGLIED, BAYERN

Die Wahl des EU-Parlaments ist die letzte Wahl dieser überambitionierten Palaver-Dauer-Nabelschau (die mich an die Paulskirche 1848 erinnert), bevor die AGENDA 2030 letztlich alle ihre selbstgesteckten GOALS (17 SDGs) erreicht und die über 400 Millionen Menschen in der EU in eine »NEW-NORMAL«-A-Sozialität à la CHINA-*Social-Credit*-System einbuchtet. Die letzte Chance (ja, ich weiß, dass EU-Parlament kann leider nicht viel, ABER auch dieses zahnlose Gremium könnte wenigstens mit seinen Gaumen die Kommission HEFTIG & BÖSE zwicken; ähnlich den Gänsen am Kapitol) um mit den RICHTIGEN, MUTIGEN und SCHARFEN Reden wenigstens mit Worten etwas gegen die Abschaffung der Idee von 1776 der Souveränität des Volkes/der Nation/des Staatsbürgers entgegen zu schleudern! WÄHLT KEINE PARTEIEN die damals im November 2020 die Grundrechte »vorübergehend, aber auf unbestimmte Zeit« den freien Menschen genommen haben! NO PASARÁN!!

JOHNNY ROTTWEIL, ARBEITER,
GEWERKSCHAFTSFÜHRER (DG), TECHNIK-GURU

Kampf! Wir müssen »auf Brüssel ziehen«, um EU, Nato, IWF und Weltbank abzuschaffen. Wenn Kreuzchen machen, dann »just for Fun« bei der AfD oder Leuten, die das dumme Maul gegen das perverse Schweinepack aufkriegen! Aber macht Euch lieber ernsthaft kampfbereit zum Sturm auf Maschinen, Überwachungsanlagen und zur Abwehr von Terroreinheiten des selbstdelegitimierten Staates!

REGINE RADKE, WEIMAR,
FREIE LITERATIN 57 JAHRE, VERWITWET, EIN KIND

Dieses Haus der EU ist aus meiner Sicht ein Ort der Schande und Zerstörung. Von ihm gehen verheerende Impulse aus, die auf Fehlinformationen bauen. Diese sind Grundlage für abstruse Denkgebäude, die uns allen aufgezwungen werden, die Europa in die Selbstzerstörung führen und auch anderswo großen Schaden anrichten. Ich rate daher zur Stimmenthaltung, um dem Dritten Weltkrieg, den diese Diktate anzetteln, entgegenzutreten, also



Plenarsaal in Straßburg und perverses Mistpack: 10.000 Euro bekommt jeder Angeordnete (w/m) grob gerundet jeden Monat fünf Jahre lang von uns, den Steuerzahlern, überwiesen plus mindestens weitere 10.000 Euro für Spesen plus frei einstellbare Gehilfen für den brutal harten Job. Hinzu kommen weitere Extras wie Fahrdienste, Freikarten und die Möglichkeit, von Lobbys den asozialen Arsch mit weiteren geldwerten Vorteilen vollpumpen zu lassen. Foto: Diliff/CC/2014

durch Stimmenthaltung diese gefährlichen, selbstzerstörenden Wertediktate und auch Völkermorde zumindest nicht zu legitimieren. Lasst uns gemeinsam dieses von der EU untergrabene, geschundene Europa im Sinne von Recht und Ordnung aufbauen! Europa wurde durch die EU verführt, hat mit ihr nichts gemein, führen wir es ohne Gängelung von außerhalb im inneren Sinne von »Freiheit im Geistesleben«, »Gleichheit im Rechtsleben«, »Brüderlichkeit und Kooperation im Wirtschaftsleben« heraus aus der Krise, damit die Welt ins Gleichgewicht findet, in ihre Bestimmung als Friedensgemeinschaft, als Wertegemeinschaft, mit einer starken MITTE, die im ICH begründet ist, in dem der Krieg begraben wird und der Geist der Freiheit in der Wahrheit die Liebe unter allen Menschen erweckt!

ELENA KRUG,
LADENBETREIBERIN, MUTTER

Die EU-Wahl am Sonntag ist ein weiteres Beispiel für ein nicht funktionierendes Konstrukt. Dem Wähler wird Demokratie vorgegaukelt. Am besten wäre es, wenn niemand wählen würde, so dass gesehen wird, dass es so nicht weitergehen kann.

DR. MED. WALTER WEBER, ARZT

1. Auch wenn das Europaparlament nicht viel zu sagen hat (im Gegensatz zur Kommission), halte ich die Wahl doch für wichtig wegen der allgemeinen politischen Wachsamkeit und Verantwortlichkeit.

2. Eine Wahlempfehlung gebe ich nicht ab. Das muss jeder selbst entscheiden.

DR. PHIL. WERNER KÖHNE

Ich halte die Europawahl für ein Stück von purer Fassadendemokratie – eine Posse, die in ihren Brüsseler Ausmaßen geradezu kafkaesk wirkt. Aus diesem Grunde kann ich auch keine Wahlempfehlung geben – es sei denn, man würde mich konkret fragen, welche Partei am wenigsten der Heuchelei bezichtigt werden kann. Dann hätte ich – allerdings nur punktuell – einen Favoriten. Den verrate ich aber hier nicht.

ROGER WATERS, MUSIKER, BRITISCHER STAATSBÜRGER,
DW-EHRENHERAUSGEBER

Ihr habt nun Wahlen für das Europäische Parlament und es ist sehr, sehr wichtig, dass Ihr alle Eure Stimmen an Mera 25 gebt! Es ist exrem wichtig, dass wir alle für ein freies Palästina wählen und es unterstützen vom Fluss des Jordans bis zum Mittelmeer. Lasst uns die Winde des Wandels antreiben, let us blow the Winds of Change in diesen Wahlen und alle Mera25-Kandidaten in dieses Parlament wählen, so dass sie ihre Schultern ans Steuerrad stemmen können, und für den Frieden für unsere Brüder und Schwestern in Palästina arbeiten können. Ephraristo, dankeschön, grazie, thank you! [Mera tritt in mindestens vier Ländern an.]

SOPHIA-MARIA ANTONULAS, JOURNALISTIN,
ÖSTERREICHISCHE STAATSBÜRGERIN IN SCHWEDEN

Die EU muss demokratisch werden, mit einem echten Parlament statt diesem mit Statisten besetzten Theater. Kein Wunder, dass sich viele Bürger fragen, ob sie diesen Monsterapparat so noch wollen. Im derzeitigen Zustand kann es nur eine Wahlempfehlung geben: Nicht wählen gehen!

ULLRICH MIES, BUCHAUTOR, JOURNALIST, DEUTSCHER STAATSBÜRGER IN DEN NIEDERLANDEN

Ich halte von der EU-Wahl gar nichts, weil es nichts zu wählen gibt. Das EU-»Parlament« erfüllt darüber hinaus noch nicht einmal die formalen Voraussetzungen eines Parlaments und ist eine reine Versorgungsmaschine überflüssiger, schmarotzender Politchargen. Auch alle nationalen »Wahlen« haben gezeigt, dass wir im Westen in »Fassadendemokratien« leben. Will sagen: In unserem aktuellen politischen Herrschaftssystem spielt der Wille der Bevölkerung im Hinblick auf die Politikgestaltung eine NULL-Bedeutung, wie es Forschungen aus den USA auch belegen.

Weitgehend ideologisch gleichgeschaltete Herrschaftsparteioligarchien, die den Staat gekapert haben, bestimmen zusammen mit *Deep-State*-Fraktionen die Geschicke in unseren Ländern. Diese nicht gewählten *Deep-State*-Fraktionen setzen sich zusammen aus dem militärisch-industriellen-Geheimdienstkomplex, dem Finanz-, Pharma- und Digitalkomplex sowie der medialen Propagandaindustrie unter Einschluss tausender NGOs. Dieses Konglomerat hat die ehemaligen Formaldemokratien in einen »Neuen Faschismus, der keiner sein will« verwandelt. Eine Demokratie, die den Namen verdient, wird es erst nach einer totalen Umgestaltung der aktuellen Politischen Systeme geben. Die Frage, ob »Demokratie« in Massengesellschaften überhaupt möglich ist, bleibt davon unberührt.

WOLFGANG GREULICH, IT-UNTERNEHMER

Für die EU gilt noch mehr, was auch für die deutschen Gremien gilt. Das politische System ohne die direkte Beteiligung des Volkes und basierend auf Parteien war nie wirklich gut. Seit 2020 jedoch hat es definitiv ausgedient. Aber den Kopf in den Sand stecken nützt uns nichts. Wer verändern will, muss sich bewegen und fängt am besten bei sich selber an. Die einzige Empfehlung für die Wahl kann sein, unabhängig von Farbe und Partei Menschen zu wählen. Menschen, die im positiven Sinne auffallend für die Grundrechte und Bedürfnisse aller Menschen ohne jeden persönlichen Anspruch und frei von Korruption ihre Kräfte für das Ganze zur Verfügung stellen.

SUSANNE DAGEN,
BUCHHAUS LOSCHWITZ

Da ich noch immer glaube, dass Wahlen etwas ändern könnten, werde ich natürlich Veränderung wählen. Mit Tucholsky halte ich es dabei explizit nicht! Ich wähle deshalb aus Überzeugung, Trotz und Renitenz die einzige Oppositionspartei Deutschlands – die AfD. Verschiedene »Wahlomaten« haben mich in dieser Entscheidung bestätigt...

JENS LEHRICH,
FAIR-TALK-MODERATOR

Ein durchschnittlicher Politiker würde die Fragen was von der EU-Wahl zu halten sei, so beantworten: »Was ich am Sonntag von der EU Wahl halte, kann ich derzeit noch nicht sagen. Denn heute ist Mittwoch und ihre Frage bezieht sich ja eindeutig auf Sonntag.« Was ICH von der EU Wahl am Sonntag halte? Dazu habe ich eine Gegenfrage: Warum liegen EU-Wahl und Fußball-EM eigentlich so dicht beieinander? Warum stellt niemand diesen hochbrisanten Zusammenhang her? Und warum spielt Deutschland im Eröffnungsspiel ausgerechnet gegen Schottland? Zufall? Wohl kaum. Die Schotten könnten sich nach den neuesten UEFA-Statuten mit einem EM-Sieg zurück in die EU schießen und Julian Nagelsmann wäre als Verlierer überraschend neuer EU-Präsident. – Glauben Sie nicht? Sehr gut. Hinterfragen Sie gerne immer alles. Das ist mein Statement zur EU-Wahl!

Welche Wahlempfehlung ich abgebe? Wählen Sie Humor! Lachen Sie mehr! Jaaaa verdammt, auch in der Krise. Nein, das ist bei all dem Wahnsinn da draußen nicht zynisch. Lachen schafft innere Balance und Zufriedenheit. ZuFRIEDENheit. Noch Fragen? Wenn Sie im inneren Frieden sind, strahlt das auf andere ab, schafft Verbindung und stärkt den Frieden. Das Prinzip des ersten Steins, der in ein Gewässer geworfen wird und Kreise zieht. Auch mir fällt es oft schwer, nicht zu verurteilen aber je länger diese Krise dauert, umso mehr habe ich verstanden, dass ich nicht Richter sein sollte, sondern Brückenbauer, um Spaltung zu transformieren. Und das erreiche ich als Moderator, Coach und Vortragsredner immer dann, wenn ich über mich selbst und meine Fehler lachen kann. Das schafft sofort Verbindung zum Gegenüber.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

DAS SCHWEIGEN MUSS EIN ENDE HABEN

Die Wahlkampfplakate zeigen deutlich, wie es um Deutschland und seinen Mittelstand bestellt ist. In der Kunst, in der es ja auch oft um Farben und deren Mischungen geht, sagt man, das Mischverhältnis von grün und rot bestimmt die Nuance des entstehenden Brauns. Ja, das ist wohl auch in der Politik so, nicht umsonst prangert der grüne Slogan »gemeinsam gegen rechts« auf den größten Plakaten, die es zu sehen gibt. Hier geht es um das nackte grüne Überleben, um nichts anderes, und da ist quasi jedes Mittel recht. Wenn Bildung und Inhalte fehlen, muss es die Propaganda richten. Aber das ist bei allen so, nicht nur bei den Grünen. Und sie werden allesamt nicht mehr wirklich lange überleben, denn niemand braucht, was sie abzuliefern in der Lage sind.

Die Vorgängerregierungen der Ampel haben den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands eingeleitet – ob vorsätzlich mit der Nase im Hintern der Amerikaner oder nicht, spielt im Endeffekt keine Rolle. Wird sie jetzt nicht gestoppt, wird die kompetenzlose Ampel in Perfektion vollenden, was andere vorher begonnen haben. Der Rest der Welt schaut dabei zu, die einen lachen, die anderen reiben sich die Hände.

Und die Masse des unternehmerischen Mittelstandes – gebunden an die Masse der Bevölkerung, getrieben vom *Mainstream*, desinformiert – schaut oftmals verdrossen zu, profitiert unternehmerisch teilweise bei Themen wie Energiewende und Klima, unterstützt immer noch ihre dem Lobbyismus verfallenen Verbände, die Scholz, Habeck, Lindner, Baerbock & Co nach wie vor eine Bühne auf ihren Veranstaltungen geben. Nein, hier ist jeglicher Diskurs sinnlos, hier gibt es nichts mehr zu beschönigen. Politik hat in der Wirtschaft nichts zu suchen, sie soll gute Rahmenbedingungen schaffen, nicht mehr, nicht weniger.

Das Schweigen des deutschen Mittelstandes muss ein Ende haben. Die existenten Verbände haben spätestens seit 2020 ihre beispiellose Angepasstheit bewiesen, sie sind den monatlichen Beitrag nicht wert. Es bedarf neuer Wege, neuer guter Initiativen. Es gibt sie bereits. Es gilt, sie zu suchen und zu handeln und mutig die Stimme zu erheben. Je mehr das tun, je schneller wird das existente System seine Berechtigung verlieren. Handeln im eigenen Unternehmen ist angesagt, es geht bei so vielen bereits um das nackte Überleben.

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Die Demokratie der Reichen

Sind Sie Milliardär? Nein? Dann haben Sie hier gar nichts zu melden.

Von Björn Gschwendtner

Jede Stimme wird gehört, jeder ist, politisch gesehen, gleich — so lautet zumindest das Mantra derjenigen, die die Meinung darüber, was unsere Demokratie ausmache, innehaben. Wählen wäre quasi Bürgerpflicht, und wer nicht wählen geht, weiß die Errungenschaften all der vorausgegangenen Generationen zur Erkämpfung des Wahlrechts nicht zu schätzen. Schlimmer noch: Wer nicht wählen geht, helfe immer den Falschen und schade somit unserer Demokratie.



Demokraten in Berlin. Foto: Georgi Belickin/DW

Laut Definition ist eine Regierung responsiv, wenn sie die Anliegen und Interessen der Bevölkerung berücksichtigt und auf diese reagiert. Es wird gesagt, in einer repräsentativen Demokratie müsse es für die Regierung einen Handlungsspielraum geben, der auch unpopuläre Entscheidungen zulasse. Wenn politische Entscheidungen der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung auch mal widersprechen dürfen, bedürfen sie demnach besonderer Begründung, sodass einer dauerhaften oder systematischen Ignoranz gegenüber dem Bevölkerungswillen Grenzen gesetzt sind.

Kurz zusammengefasst zeigt die Responsivitätsforschung, dass den Wünschen der reichen Bevölkerungsschicht eher entsprochen wird, und so gut wie niemals den Wünschen der armen Bevölkerungsschichten. Ausnahme: Wenn die reiche Bevölkerungsschicht auch etwas davon hat, wird auch auf die Wünsche der ärmeren Bevölkerungsschichten eingegangen. – Und das unabhängig davon, welche Partei mit ihrem Parteiprogramm an der Regierung ist!

Zur Untersuchung der Fragestellung, ob und inwieweit Einkommensunterschiede mit der Wahrscheinlichkeit von politischen Entscheidungen zusammenhängen, wurde unter anderem von der deutschen Wissenschaftlerin Lea Elsässer eine Datenbank aufgebaut, die die Ergebnisse von 252 Sachfragen enthält, die in Deutschland-Trend-Umfragen im Zeitraum von 1998 bis 2013 gestellt wurden. Die im Datensatz enthaltenen Fragen decken ganz unterschiedliche Politikbereiche ab — und reichen von der Beurteilung einer gesetzlichen Frauenquote über Auslandseinsätze der Bundeswehr bis hin zu Fragen nach einem Mindestlohn oder Kürzungen der Sozialausgaben. Die Befragten wurden nach Region (Ost- und Westdeutschland), Geschlecht, Alter, Bildung, Beruf und Einkommen kategorisiert, und es wurde jeweils der Anteil derjenigen ermittelt, der die abgefragte Politikänderung befürwortet.

Es zeigte sich, dass die bestimmenden Faktoren für politische Meinungsunterschiede Einkommen, Beamtenstatus und Selbständigkeit sind; weniger Alter und Bildung, und noch weniger Geschlecht oder Wohnregion (West- beziehungsweise Ostdeutschland). Das heißt, dass eine ältere reiche ostdeutsche Frau tendenziell größere Meinungsübereinstimmungen mit einem jungen reichen westdeutschen Mann hat als eine ältere reiche ostdeutsche Frau mit einer armen älteren ostdeutschen Frau. So viel zur allgemeinen Analyse über Meinungsunterschiede. Wie steht es mit einzelnen Politikfeldern?

Bei Außen-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zeigte sich, dass sich die politische Einstellung mit der Höhe des Einkommens immer mehr dem reichsten Prozent der Bevölkerung annähert. Bezogen auf die einzelnen Faktoren (Bildung, Geschlecht, Wohnregion, Einkommen, Alter, Berufsgruppe) stellte sich heraus, dass das Geschlecht und die Wohnregion eher weniger zu Meinungsunterschieden führt — Ausnahme: Bildung beim Thema Migration — als die Berufsgruppe oder das Einkommen. Ganz besonders deutlich ist die Schere beim Thema Außenpolitik: Das reichste Prozent der Bevölkerung unterscheidet sich in seiner Meinung demnach bei außenpolitischen Themen — wie beispielsweise einer sinnlosen und kostspieligen Kriegsbeteiligung im Krieg gegen Russland zur Unterstützung eines Nicht-NATO-Partners — am stärksten von den restlichen 99 Prozent.

Und je mehr die Mitglieder der oberen Einkommensschichten einer Meinung sind, desto wahrscheinlicher wird deren Umsetzung. Einen solchen Zusammenhang gibt es bei den unteren Einkommensschichten nicht. Ist sich die untere Bevölkerungsschicht in einem Politikfeld sehr einig, hat dies keine Auswirkung auf die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung. Das heißt: Sie sinkt sogar leicht, je einiger sich die Armen sind! Die Ergebnisse zeigen, dass die Politik in ihren Entscheidungen systematisch die Meinungen oberer Einkommensschichten reflektiert, wenn große Meinungsunterschiede bestehen.

WORAN LIEGT DAS?

Es ist nicht schwer, die Gründe in unserer auf Geld (= Macht und Einfluss) basierten Gesellschaft zu finden. Finanzstarke Einflussnehmer üben Lobbyarbeit auf die Politik aus; diese repräsentiert nur noch einen kleinen Teil der Bevölkerung, der andere Teil fühlt sich ausgeschlossen und geht nicht mehr wählen. Das Problem verschärft sich immer weiter.

Und es fehlt an direkter Demokratie und Politikerhaftung. Solange Politiker nicht für ihr Handeln haften müssen und solange es keine verpflichtende Umsetzung von Wahlprogrammen gibt, so lange können Parteien vor den Wahlen gegen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete sein — und dem Wunsch des Großteils der Bevölkerung entsprechen — und sich nach den Wahlen zur größten Kriegstreiberpartei nach dem Zweiten Weltkrieg entwickeln und damit dem Wunsch einer kleinen Bevölkerungsgruppe mit hohem Einkommen entsprechen.

Dieser Text erschien zuerst auf der unabhängigen Journalistenplattform manova.news, wo er in Gänze abrufbar ist. Für diese Zeitung wurde er behutsam gekürzt. Wir danken Autor und Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.

MELDUNG

DEUTSCHLAND BALD OHNE INDUSTRIE?

Berlin/DW. 37 Prozent der Mittelständler investieren aufgrund geringerer Kosten lieber in neue Standorte im Ausland. Dies berichtete Bild am 28. Mai unter Berufung auf eine Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). Für rund 75 Prozent der energieintensiven Unternehmen seien die Energie- und Rohstoffpreise hierzulande ein Geschäftsrisiko. »Aktuell gibt es keinerlei Anzeichen für einen Aufschwung. Die Unternehmen drohen zusehends, das Vertrauen in die Politik zu verlieren«, so DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben. Es drohe eine schleichende Abwanderung ganzer Industriezweige. (kmü)

HABECK AUF JUNCKERS SPUREN

Berlin/DW. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) hat sich als Fan von Jean-Claude Juncker, ehemals Präsident der Europäischen Kommission, offenbart. Dieser hatte 1999 erklärt: »Wir beschließen etwas, stellen das in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was beschlossen wurde, machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.« Habeck räumte Ende Mai in einem Bürgergespräch anlässlich des 75. Jahrestags des Grundgesetzes ein ähnlich dreistes Vorgehen ein: »Die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz, also wie heizen wir in Zukunft, war ja auch ehrlicherweise ein Test, wie weit die Gesellschaft bereit ist, Klimaschutz – wenn er konkret wird – zu tragen.« (kmü)

+++ IN ALLER KÜRZE BERICHTET +++

+++ Die EU beschloss Ende Mai eine Obergrenze von 10.000 Euro bei Bargeldzahlungen ab 2027. In Norwegen wurde dagegen ein Gesetzt zum Recht auf Barzahlung verabschiedet, wie Wirtschaftsjournalist Norbert Häring auf seinem Blog berichtet. +++ FTI, der drittgrößte Reiseveranstalter Deutschlands, ist pleite. Am 3. Juni wurde ein Insolvenzantrag gestellt. +++ Wie diverse Medien berichten, zahlen Privathaushalte in Deutschland die höchsten Strompreise Europas. Der Preis pro Kilowattstunde liegt bei rund 42 Cent und somit fast 13 Cent über dem EU-Durchschnitt von 28,5 Cent. Dies belegen neue EU-Daten des Statistischen Bundesamtes. +++ Die Stadt Mannheim hat Prämien in Höhe von bis zu 5.000 Euro für Umzüge in kleinere Wohnungen eingeführt. Beantragen können den Bonus Mieter, die aus einer als unterbelegt geltenden Wohnung ausziehen und ihre Zimmerzahl um mindestens eins reduzieren. Als unterbelegt gelten Wohneinheiten, in denen die Zahl der Zimmer die Haushaltsmitglieder um mehr als eins übersteigt. +++ (kmü)

GROSSREICHSAMBITIONEN

Das französisch-deutsche Staatsfest lief aus Sicht der Regierungen ohne grobe Zwischenfälle ab. Die EU der Zukunft soll wohl vor allem aufrüsten und Krieg führen.

»Es ist mir eine Freude, hier bei ihnen zu sein, hier auf dem Neumarkt « So begann der umstrittene französische Staatspräsident Emmanuel Macron (Republik in Bewegung) seine Dresdener Rede, die er in weiten Teilen auf Deutsch hielt. Er beschwor im Wesentlichen die europäische Aufrüstung, immerhin mit etwas Kritik an den USA.



»Es ehrt mich sehr.« Der umstrittene französische Präsident Macron machte auf dem eigens abgeschottenen Dresdener Neumarkt beim Staatsakt »Fête de l'Europe« am 27. Mai vor strikt rekrutiertem Publikum gute Figur, indem er seine Rede auf Deutsch hielt. Foto: DW-Bildschirmfoto der TV-Übertragung

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD), der Ministerpräsident Sachsens Michael Kretschmer (CDU) und weitere waren sichtlich erleichtert, dass Pfeifkonzerte diesmal ausblieben. Steinmeier atmete beim ersten sachten Applaus wahrnehmbar auf. Der Propagandafunk sprach später von 10.000 und mehr. Das »Europafest« am 27. Mai fand in der abgeschotteten Innenstadt statt. Im vergangenen Jahr hatte Macron wegen der landesweiten Unruhen seinen Besuch noch abgesagt.

JOURNÉE POUR LA PAIX ET LA LIBERTÉ À DRESDE LE 8IÈME JUIN

Macron beschwor vor allem die Aufrüstung Europas und einer zu schaffenden EU-Armee. Zuletzt war der mit steten Volksaufständen von Gelbwesten bis Landwirten konfrontierte »Aushilfs-Napoléon« (Michel Onfray) mit der wiederholten Forderung aufgefallen, reguläre Bodentruppen gegen Russland einzusetzen. »Die NATO bereitet sich auf einen Krieg mit Rußland vor und das Volk jubelt!? Der französische Präsident Macron besucht Deutschland, doch stößt besonders in Sachsen auf geteilte Gegenliebe. Warum ist der Kriegstreiber in spe derzeit aktiver denn je? Welche Mission muss er erfüllen und wo wird es demnächst eskalieren?«, kommentierte das »rechte« Nachrichtenmagazin Compact unter dem Titel: »Unfassbar: Macron auf Kriegs-Tour in Sachsen!« Dafür liße sich Macron bei seinem großen Staatsbesuch in Münster noch einen Friedenspreis umhängen.

Die »linke« Tageszeitung junge Welt kommentierte die Paris-Brüssel-Berliner Großreichambitionen: »Immerhin: Es gibt Vorhaben, über die Deutschland und Frankreich sich einig sind, denn ohne ihre Realisierung wird es wohl kaum gelingen, der EU zur lange ersehnten Weltmachtstellung zu verhelfen. Das gilt etwa für die Absicht, in den kommenden Jahren wild aufzurüsten, oder auch für den Wunsch, für außenpolitische Entscheidungen des europäischen Staatenkartells den lästigen Zwang zur Einstimmigkeit aufzuheben: Solange, sagen wir, Ungarn jede für Berlin und Paris wichtige Maßnahme blockieren kann, wird es nichts mit der Weltpolitik der Union.«

STAATSFUNKTIONÄRE UND PARTEIJUGEND

Die ersten Reihen des Publikums in Dresden besetzten vor allem Staatsfunktionäre, dahinter einige Hundert bis etwa maximal 2.000 aus Parteiorganisationen strikt ausgewählte und teils mit Bussen aus anderen Städten herangekarrte junge Erwachsene. Opposition? Fehlanzeige! Am 8. Juni 2024 wird ab 16 Uhr an gleicher Stelle, auf dem Neumarkt, die Demonstration der neuen deutschen Friedens-und Demokratiebewegung stattfinden, Beginn 16 Uhr ebenda. Der DW wird mit französischen Oppositionellen dabei sein. (Anselm Lenz)

MELDUNG

TRUMP VERURTEILT

New York/DW. Mit Donald Trump wurde am 31. Mai 2024 in einem Strafverfahren erstmals ein Ex-US-Präsident von einer Geschworenen-Jury schuldig gesprochen – wegen illegaler Wahlkampffinanzierung. Die Jury sah es als erwiesen an, dass Trump Schweigegeldzahlungen an Ex-Pornodarstellerin Stormy Daniels – die 2006 eine Affäre mit ihm gehabt haben will, was er bestreitet – vertuscht hat. Die Verurteilung, die noch nicht rechtskräftig ist, gilt als heftig umstritten. Trump spricht von einem »manipulierten Prozess« und kündigte Revision an. Das Berufungsverfahren dürfte sich jedoch bis nach der Präsidentenwahl (5. November) hinziehen, bei der Trump wahrscheinlich gegen Amtsinhaber Jo Biden antreten wird. Die Republikaner warnen den New Yorker Richter Juan Merchan davor, Trump zu einer Gefängnisstrafe oder Hausarrest zu verurteilen. Die Partei lehne laut US-Medium The Hill alle Maßnahmen ab, die die Wahlkampftätigkeit von Trump beeinträchtigen würden. Das Strafmaß wird am 11. Juli verkündet. (kmü)

SALVINI ATTACKIERT MACRON

Rom/DW. Nachdem mehrere Nato-Staaten zuletzt ihr Okay gaben, von ihnen gelieferte Waffen gegen militärische Ziele auf dem russischen Festland einzusetzen, geigte Italiens-Vize-Premier Matteo Salvini Anfang Juni dem französischen Kriegstreiber Emmanuel Macron die Meinung: »Sie wollen in den Krieg ziehen? Dann setzen Sie einen Helm auf, ziehen Sie eine Weste an und fahren Sie in die Ukraine«, erklärte er in dessen Richtung. »Zerbrich den Italienern bloß nicht die Eier. Wir wollen in Frieden leben.« (kmü)



Ausnahmsweise hier für S11 unten, gern schön groß, BU: Altenburg am 27. Mai 2024. Foto: Heiko Sell



KONTRAFUNK-GALA MIT DW UND SODENKAMP & LENZ

Der Kontrafunk wird drei Jahre alt! Gala am Freitag, 21. Juni 2024, 16 bis 23 Uhr, Messe Dresden, Messering, Halle 1. Das Verlagshaus Sodenkamp & Lenz Berlin und die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand sind voll mit dabei, um zu gratulieren – und mit eigenem Stand beim Marktplatz ab 16 Uhr: »Zur Feier des 2-jährigen Bestehens unseres Radios der bürgerlichen Mitte bringen wir Meinungsfreiheit, lebendigen Pluralismus und gesunden Menschenverstand auf die Bühne. Es gibt Kabarett von Uwe Steimle, eine Ansprache von Peter Hahne, Musik von Yann Song King und eine Produktion der Sonntagsrunde mit Matthias Burchard, Burkhard Müller-Ullrich und Uwe Tellkamp. Außerdem führen Benjamin Gollme und Marcel Joppa den Basta-Berlin-Doppelwumms in Dresden vor und Marco Rima und Andreas Thiel machen schweizerische Spässe«, so Burkhard Müller-Ullrich (auf dem Bild beim ersten Geburtstag des Internetradiosenders 2023). Tickets via Kontrafunk.radio. Foto: Kontrafunk

Der Verfassungspat
und seine Denunzia

Betriebswirt und Demokratieaktivist Robert Höschele hat mit absurden Anklagen des Staates zutı DW zeigt der überzeugte bayerische Demokrat auf, wie sich der BRD-Staat Stellen geschaffen hat, Bürgertum – den Citoyen – systematisch zu zerstören.

DW: Herr Höschele, Sie sind Subjekt in skurrilen bis kafkaesken Gerichtsverfahren. Worum geht es dabei?
Höschele: Man kennt die Kafka-Literatur ja so, dass die Figuren darin nicht mehr wissen, wer gegen sie arbeitet und gegen wen sie arbeiten. Ich habe das aber nicht so empfunden. Sondern bei mir ist es so passiert, dass diese Maßnahmen, die hier seit März 2020 ausgerollt worden sind, für mich höchstgradig diktatorisch und nicht im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung waren. Ich hatte soetwas in dem Land, in das wir gegangen waren, nicht für möglich gehalten.

DW: Sie kommen nicht aus Deutschland?
Höschele: Ich komme ursprünglich aus der UdSSR. Wir sind im Januar 1981 ausgewandert. Wir durften ausreisen, weil mein Vater ein Russlanddeutscher ist. Damals konnte man als sowjetischer Bürger deutscher Nationalität, wenn man einen Nachweis hatte, dass man direkte Verwandte in der BRD hatte, zu ihnen auswandern. Also ich bin zuerst mal Deutscher. Und so sind wir dann, ich mit meinen Eltern und meinem Bruder, ausgewandert. Damals war ich 12 Jahre und ich kannte durch die Gespräche meiner Eltern, durch das Hören der Deutschen Welle und der Stimme Amerikas in Litauen die Ansicht, dass es nicht richtig ist, wie die Menschen hier leben. Für mich war der Westen, die BRD, ein Teil in der Welt, wo man frei lebt und eben nicht diktatorisch bestimmt wird, nicht beschnitten wird in seinen Grundrechten.


Robert Höschele zieht mit seinem Anwalt Ralf Ludwig vor das Bundesverfassungsgericht. Dort allerdings wartet mit dem umstrittenen Kanzlei-Lobbyisten und ins Amt gehievten Merkel-Adlatus Stephan Harbarth ein weiterer Problemfall an der Spitze des Staates auf den Helden Höschele. Foto: von privat

»FÜR MICH WAR DIE BRD EIN TEIL DER WELT, IN DER MAN FREI LEBT«

DW: So weit, so gut. Und dann?
Höschele: Dann war eben 2020 die Situation da, dass ich das, mehr oder weniger genau Eins zu Eins, wieder erlebe: Von oben durchdiktiert, was das Richtige für jeden einzelnen Menschen ist, egal, ob Skepsis berechtigt formuliert wird oder einfach nur aus der Luft gegriffen. Das hat mich empört! Darum war ich seit April/Mai 2020 auf der Straße. Es gab in meiner Gegend zunächst keine großen Demos, aber ich habe Flugblätter verteilt in der Region Neuburg und Ingolstadt. Dann begann es ab Mai auch mit den Demos in Ingolstadt. Als die Demos dann liefen und immer deutlicher wurde, dass viele Menschen mit den ganzen Themen unzufrieden sind, da war mir klar, dass wir das verstärken müssen.

DW: Wie taten Sie das?
Höschele: Wir haben den Menschen versucht aufzuzeigen, dass es eben nicht um den Lockdown allein geht, nicht nur um die Chimäre eines aufgebauschten Virus, der die Weltbevölkerung ausrotten würde, wenn nicht jeder hygienisch isoliert und eingegrenzt werde in seiner Freiheit. Ich habe mich dann eingelesen in die Agenda 2030, diese 17 Ziele von 2015. Für mich war damit klar, dass hier doch eine größere Geschichte mitläuft. Dass offensichtlich hier diese Corona-Pandemie, so wie es Klaus Schwab vom Weltwirtschaftsforum der Konzerne gesagt hat, ein Gelegenheitsgeschäft für globalistische Strukturen ist, die mit Trilliarden von Dollar in alles investiert sind, eben auch in »Grüne Technologie«. Dies alles, um etwas zu pushen, dass dem Menschen vordergründig die Rettung bringe, der gesamten Spezies, aber den Menschen als Individuum knechtet. Und genau dieses Knechtschaftsgefühl ist für mich, auch aus religiösen Gründen, unerträglich.

DW: Sie sind Jude, wie Sie im Vorgespräch sagten. Wie agierten Sie weiter?
Höschele: Dann kam dieser Gedanke auf, dass ich unbedingt irgendwo eine Rede halten muss, speziell für Bayern, um den Leuten aufzuzeigen, was möglich ist mit der Konstitution, der Bayerischen Verfassung, was die Probleme sind und wo wir einen Bogen schlagen müssen, als freiheitlicher Staat und als Bürger dieses Staates – dass man sich das nicht gefallen lassen kann! So kam ich auf die Demo.

DW: In der zurückliegenden Ausgabe #DW175 druckten wir Ihre beeindruckende Rede ab.
Höschele: Die Rede hielt ich am 14. Februar 2021, das war der Valentinstag. Dort durfte ich meine Rede halten, an der ich zuvor wochenlang geschrieben hatte. Ich habe mich inspirieren lassen von der Rede Martin Luther Kings, damals in Washington. Einige Passagen aus der Rede sind auch von Winston Churchill, der sagte, dass England sich auch angesichts der militärischen Überlegenheit des Nazi-Deutschlands niemals ergeben werde. Die Rede war so konzipiert, die Leute aufzurütteln.: Letztlich, wenn man alles geschehen lässt, wird einem die Geschichte über den Kopf zusammenschlagen. Dann wird immer der nächste Schritt und noch ein nächster Schritt kommen, der alles noch schlimmer macht. Meine Rede war im Februar 2021, sechs Wochen zuvor war die Sache mit der sogenannten Impfung angelaufen. Und es war gerade erst rund ein Jahr her, dass es geheißen hatte, »es sind ja nur drei Wochen Lockdown« – und dann sei alles gut.

DW: Das war und ist es nicht, die Menschen verrecken weiter an den Injektionen. Wie sehen Sie Ihre Rede heute?
Höschele: So gesehen, war die Rede ein politischer Aufschlag. Ich hatte erwartet, dass etwas von der CSU kommt, denn ich bin CSU-Mitglied, kein wichtiges, aber trotzdem. Aber da kam nichts. Dieselbe Rede habe ich auch nochmal halten wollen an der Münchner Theresienwiese. Aber dort bin ich nur auf dem ersten Blatt bis zur Mitte gekommen, bis ich zu den Passagen mit der Präambel der Bayerischen Verfassung von 1946 kam. Dann ist mir das Mikrophon abgedreht worden und ich bin ich von der Bühne geholt worden. Es war sogar dort spürbar, dass einige Leute nicht willens sind, über das, was heute passiert, wirklich politisch grundlegend nachzudenken. Und dann kam irgendwann ein gelber Brief.

DW: Den Veranstaltern war Ihre

triot
anten

un. Im Gespräch mit
um ein selbstbewusstes

Rede zu politisch. Der gelbe Brief kam dann aber vom Staat?
Höschele: Zuvor ist auch Karl Hilz in München verhaftet und weggeschleppt worden, es gab ja mehrere große Veranstaltungen an dem Tag in München, am Nachmittag am Rathaus und am Abend auf der Theresienwiese, jeweils von »Bayern steht zusammen«, aber mit unterschiedlichen Leitern. Eine weitere Veranstaltung von »Augsburg unmaskiert« wurde aufgenommen, gestreamt. Offenbar wurde da parallel mitgeschaut und eine Wirkungsstätte, die sich RIAS München nennt, ist später irgendwie darauf gestoßen und will dann Anzeichen von Antisemitismus gefunden haben. Die haben dann den 130er Paragraphen gezogen und das an den Oberstaatsanwalt in München, dort gibt es ja eine zentrale Stelle dafür, verschickt und haben insistiert, dass das Verfahren gegen mich eingeleitet wird.

DW: Die Rede ist vom inflationär eingesetzten und instrumentalisierten Strafgesetzbuchparagraphen 130, Volksverhetzung. Gegenstand Ihrer Verfahren ist also der Inhalt Ihrer Rede, die wir zuletzt abdruckten? Welche Stellen dieser Rede werden inkriminiert?
Höschele: Bayern ist ja 1946 schon als eigener Staat konzipiert und neu ausgerufen worden, noch bevor es die Bundesrepublik gab. Dasselbe gilt übrigens auch für Hessen. Mir geht es um Bayern. Bayern hat sich aus diesem Trümmerhaufen der Nazi-Herrschaft, aus dieser Katastrophe sowohl kultureller, wie auch staats- und gesellschaftspolitischer Art, herausgearbeitet im Jahre 1946, wollte gesunden und in die neue Zeit starten. Dafür hat sich die Gesellschaft eine Verfassung gegeben.

DW: Eine Verfassung?
Höschele: Bayern hat eine Verfassung, nicht nur ein Grundgesetz! In dieser Verfassung gibt es eine Präambel, die ganz eindeutig definiert, was Bayern nun sein wird ab 1946: Nicht das, was vorher war! Weil das, was vorher war, war eben die Missachtung von individuellen Rechten. Der einzelne Mensch hatte nichts gegolten, der Staat alles. Der Staat war quasi ein Riesenapparat, der jeden knechtete bis zu dem Ausmaß, dass am Ende alles in Trümmern lag und jeder Tote und Verletzte zu beklagen hatte. Auf diese Referenz nahm ich Bezug: Wir stehen jetzt da im Jahre 2021 – und 75 Jahre zuvor, im Jahre 1946, hat sich Bayern eine Verfassung gegeben mit der Präambel. Von diesem Standpunkt aus nahm ich in der Rede Bezug auf Tiefstpunkte der Nazi-Zeit, also das, was nie mehr geschehen sollte, durch niemanden. Ich nannte zum Beispiel die Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager. Das Böse kommt nicht von heute auf morgen, TÜV-zertifiziert als fertige Staatsdiktatur. Nein, so etwas baut sich nach und nach auf!

»DAS BÖSE KOMMT NICHT MIT TÜV-ZERTIFIKAT«

DW: Sie sahen etwas Schlechtes kommen?
Höschele: Ich kenne Diktatur. Mein Vater war im Gulag, meine Mutter ist im stalinistischen Waisenhaus aufgewachsen. Ich hatte früh den Eindruck, die BRD-Bürger verstehen Politisch oft gar nichts, man kümmerte sich um die Dauerwelle und darum welches Motorradl man fährt. Man konsumierte. Die große Politik ist nur, was man bei Monitor oder im Auslandsjournal mal mitbekommt. Wenn darüber irgendwo kurz geredet wird, dann reichte das aus. – Dieses Gefühl, dass der normale, westdeutsche, millionenfache Konsument eigentlich gar kein Bürger ist, denn ein Bürger muss ein politisch aktiver Mensch sein, das hat mich nie verlassen.

DW: Diese Ahnung steigerte sich?
Höschele: Das trat mir deutlich vor Augen, als man als wiedervereinigtes Deutschland gar keine verfassungsmäßigen Schlussfolgerungen zog. Zuvor war es ruhig gewesen, alles schien besser zu werden. Die angeblich gute Zeit unter Helmut Kohl war aber auch die Zeit, in der die Leute in Brockdorf und in Wackersdorf auf die Straße gegangen sind. Es gab auch dort Aufstände. Die Leute haben sich nicht einfach still und lieb hingestellt und gesagt, jetzt beten wir und warten ab, bis der liebe Franz-Josef Strauß ein Einsehen hat. Nein, sie sind Sturm gelaufen, haben die Zäune eingerissen. Es gab eine richtige Subkultur des Widerstandes. Und dann, im Jahr 2020, gehst Du vor die Tür und die meisten Leute machen einfach mit. Und diejenigen, die nicht mitmachen, die sich für den Widerstand halten, sind oft nichteinmal in der Lage, wenigstens untereinander so Tacheles zu reden, dass man den Eindruck hätte, die habens kapiert!

DW: Zuwenig offenes Visier?
Höschele: Weil keiner das Maul aufmacht und dezidiert sagt, was das Problem ist. Es sind nicht irgendwelche Marxisten oder das Weltjudentum, die hier die Gedanken steuern oder sonstwas! Das Problem ist eine Gesellschaft, die apolitisch ist und sich nur um den eigenen Hobby-Kram kümmert. Wenn es passiert, dass die politische Substanz einer Bevölkerung dahinsiecht, dann entsteht ein Untertanenstaat, der im Prinzip durch diese Parteienkartelle gesteuert wird. Aber damit haben es die Menschen auch sich selbst zuzuschreiben, und die müssen aus dieser Unmündigkeit aufwachen! Es ist in unserer Geschichte angelegt, dass wir nie wieder in diesen Schlaf der Vernunft, in dieses treuherzige Untertanenturn verfallen dürfen. Sonst wachen wir in einer richtigen Diktatur auf. Das war so meine Idee. Das ist bis heute für mich so geblieben. Und die Rede hätte noch wesentlich eklatanter sein müssen!

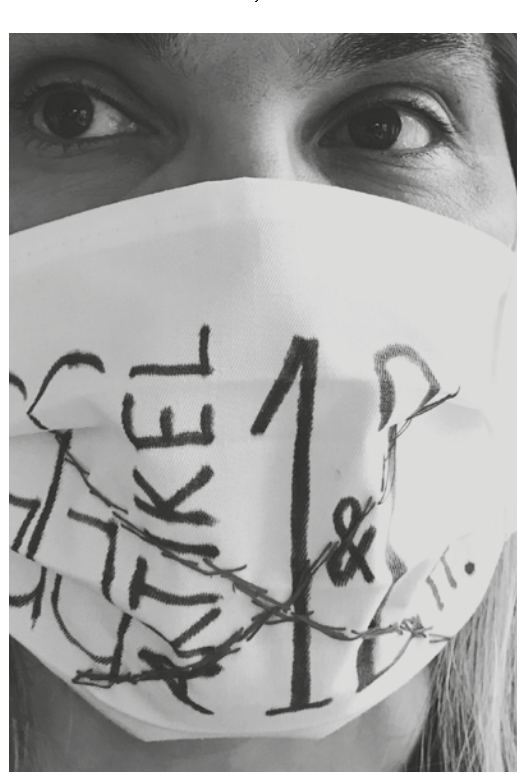
DW: Aber der RIAS-Stelle ging die Hutschnur?
Höschele: Diese angebliche Nichtregierungsorganisation ist ja quasi direkt im Innenministerium angesiedelt. Die wurde Monate später auf diesen Kanal aufmerksam, in dem meine Rede gestreamt worden war...

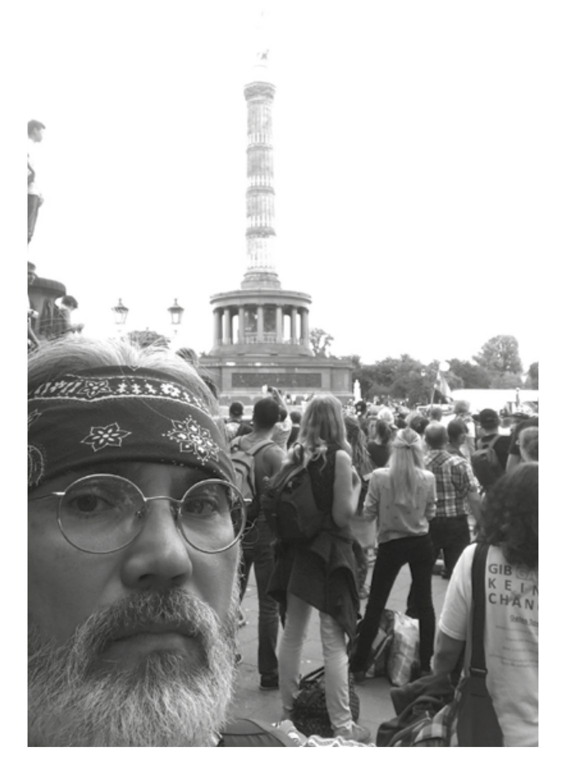
DW: ... und die hatten gerade Zeit und Lust, Sie zu denunzieren?
Höschele: Diese Leute, die vom Staat Geld bekommen, die heißen einmal RIAS, ein andermal wie in Sachsen Amadeu-Antonio-Siftung. Die hocken da drin und dann suchen die. So kam es überhaupt erst dazu, dass sich da jemand auf die Suche danach machte, was in meiner Rede als antisemitisch gebrandmarkt werden könnte. Wenn Dachau und Auschwitz erwähnt werden, dann sollen die in ihren Büros wegen Verharmlosung und Volksverhetzung denunzieren. Ich sagte zum Beispiel auch, dass in diesem Staat im Jahre 2021, die Menschen selektiert und separiert werden. Auf dieser Demo waren alles Menschen, die Maskenbefreiungsatteste hatten. Trotzdem mussten alle Maske tragen und zudem mit Abstand und in abgezirkelten Zonen stehen. Und die, die keine Masken aufsetzten, mussten sich in ein abgeriegeltes Karree stellen, ins Abseits, da mussten die hinein. Die seien eine spezielle Gattung von Untertanen, die unbotmäßig seien und die müssten weg und dort hinein – eben separiert von den anderen.

DW: Die neofaschistische Denunziantenstelle und die gleichgeschaltete Justiz werfen Ihnen vor, die Wahrheit gesagt zu haben?
Höschele: »Selektiert und separiert«, das dürfe man nicht sagen, das dürfe nur au die Nazi-Zeit bezogen werden. Man dürfe das nicht in einen Vergleich bringen und nicht aufzeigen, wie die Deutschen mit dem Berliner Drecksstaat 1945 untergegangen sind.

DW: Herr Höschele, wir danken Ihnen für dieses Gespräch und freuen uns auf dessen Fortsetzung.

Die Fragen stellte Anselm Lenz





Robert Höschele in Aktion. Fotos: von privat



Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

SEHR GEEHRTE LESERINNEN, SEHR GEEHRTE LESER,

die Ausweitung der Kampfzone findet auf allen Ebene statt. Das einstmals mit einem Freiheitsversprechen angetretene Internet ist für die deutsche Bundeswehr nun Einsatzgebiet. Deutsche Spähtrupps durchforsten das digitale Unterholz nach Feindanzeichen. Und dieses Unterholz ist Ihr Verhalten und Ihre Kommunikation.

Deutsche Waffen werden nun nach Moskau getragen. »Also ich sehe kein Problem darin«, sagt Bundeskanzler Olaf Scholz. Atomverteidigungsanlagen der russischen Föderation wurden von der Ukraine bereits angegriffen. Wann kennt die Nato auch im Einsatz von Atomwaffen keine Roten Linien mehr? Sie verlieren, da müssen Opfer gebracht werden.

Auf deutschen Plätzen werden oppositionelle Journalisten und Politiker mit Messern attackiert. Polizisten abgestochen. Youtuber schauen zu.Im Wahlkampf der westlichen Fassadendemokratien werden die politischen Gegner überwacht, denunziert, vor Gericht gezerrt. Politfunktionäre werfen dem politischen Gegner das vor, was sie selber tun: mit ausländischen Geheimdiensten zu paktieren, Überwachung auszubauen und unwürdige Willkürprozesse zu führen.

Jetzt sollen wir also Ursula von der Leyen den Anschein einer demokratisch legitimierten Amtsinhaberin verleihen. Einer Dame, die für jeden EU-Bürger zehn Coronagiftdosen vorgesehen, bestellt und per Handy-App bezahlt hat. Das ist krass. Die SPD hofft derweil mal wieder auf den Flut-Bonus. Hat bei Gerhard Schröder schon geholfen, dann im Wahlkampf gegen Armin Laschet und nun wieder. Das Wetter ist erstaunlicherweise immer auf Seite der Sozialdemokraten, wenn sie an der Macht sind. Aber das wird Zufall sein. Soviel Einfluss hat der Mensch auf das Wetter wohl nicht.

Kein Zufall ist, dass in Deutschland seit dem 28. März 2020 jede Woche Millionen Menschen in sämtlichen Regionen unseres Landes auf die Straße gehen. Sie haben schlicht keine Lust, mit diesem untergehenden Regime ins Wasser zu gehen. Diese außerparlamentarische Opposition, die von Linken, Rechten, Mittigen, echten Umweltschützern, Konservativen, Anarchisten, Kommunisten, Liberalen, Katzen- sowie Hundeliebhabern getragen wird, zeigt: Die Fake-Show, die uns präsentiert wird, hat mit der Lebenswirklichkeit und den politischen Vorstellungen der Menschen hierzulande nichts zu tun. Wir sind bereit für Widerstand. Wir halten an Frieden, Aufklärung und zivilisierten Umgangsformen fest.

Jeder hat »1 Stimme«, wir erheben unsere seit vier Jahren mit dieser Zeitung wöchentlich im Duett mit Millionen Demokraten auf deutschen Plätzen. Das ist doch was, oder? Diese Zeitung kann abonniert, verteilt und unterstützt werden. Im stillen Kämmerlein werden wir mit einem Haken an der richtigen Stelle nichts ändern. Also: Sehen wir uns auf der Straße?



Wann war die allgemeine und geheime Wahl der Qualwährung Euro? Frankfurt am Main am 25. Mai 2024 am Rand einer Demonstration der Demokratiebewegung.

Mit hochachtungsvollen Grüßen
Hendrik Sodenkamp

»STEINIGUNGSREFLEX«

Brüggemann zieht »Bilanz meines Mutigseins«.

Der Filmregisseur, Musiker, Autor und »Querdenker« Dietrich Brüggemann wurde wegen seiner Videoreihe #allesdichtmachen massiv verleumdet und geschädigt. Rund drei Jahre später erfolgt nun ein Resümee, gespickt mit Beispielen mutwilliger beruflicher Ausgrenzung und öffentlicher Verfemung.

»Also tat ich, was ich immer tat: Ich blieb skeptisch. Ich musste allerdings bald feststellen, dass ich diesmal mit meiner Haltung allein war. Ein Jahr lang sah ich mir an, wie die Corona-Maßnahmen sich immer mehr verselbständigten. Dann kam ich mit einer Gruppe von Schauspielern in Kontakt, die die Situation genauso erschreckend fanden wie ich, und so entstand die Aktion #allesdichtmachen.«

HETZBLATT
TAGESSPIEGEL

Am 23. April 2021 veröffentlichte eine Gruppe von 53 Filmschaffenden 53 selbst gedrehte Videos unter dem Hashtag #allesdichtmachen. Als Initiator wurde medial umgehend der mitverantwortliche Regisseur Dietrich Brüggemann als hauptverantwortlicher »Corona-Leugner« und gefährlicher »Querdenker« erkannt und beruflich diskreditiert und attackiert. Mehrere bereits beschlossene Projekte und Verträge wurden gestoppt und/oder aufgelöst. Der Autor und Musiker berichtet in einem längeren Text in der Tageszeitung Die Welt, von den Konsequenzen seiner kritischen Positionierung, die zum Teil bis heute auch seine berufliche Existenz treffen. Brüggemann nennt dabei auch bewusst die Namen willkürlich und mutwillig ausgrenzender Protagonisten.

Am 25. April 2021 titelte exemplarisch das SPD-nahe RND über die umgehende mediale Dynamik nach der Veröffentlichung der die Maßnahmen persiflierenden Videos: »Die einen rudern zurück, die anderen sind entsetzt – und manche bleiben dabei: Die Aktion #allesdichtmachen sorgt für Streit und Unverständnis.« Brüggemann erklärt das Erlebte mit den Worten: »Die Empörung kannte daraufhin keine Grenzen. Wir hatten ein paar Videos ins Netz gestellt, niemand musste sie anschauen, aber was jetzt passierte, wäre in vormodernen Zeiten eine Steinigung durch einen wütenden Mob gewesen.«



Der DW berichtete, traf sich mit ihm und stand lange als einzige Zeitung an der Seite Brüggemanns: »Sein Debütroman Materialermüdung erzählt den Untergang einer Welt, in der nach und nach alles kaputt geht. Das Prinzip der geplanten Obsoleszenz« (Der Freitag). Foto: Westend

Das abgefeimteste Hetzblatt des Terrorregimes, Der Tagesspiegel, verfemte Brüggemann, Kanon-Verlagschefs Gunnar Cynybulk überbot die Nazi-Zeit an Feigheit und perversem Untertanengeist: »Kanon möchte eine Literatur ermöglichen, die nicht destruktiv ist, und Künstler:innen fördern, die ihre Meinungsfreiheit nicht missverstehen«, soll Cynbulk an den Romanautoren geschrieben und den bestehenden Buchvertrag aufgelöst haben. Außerdem bat er mich nachdrücklich darum, Stillschweigen über diesen Vorgang zu bewahren – und dann forderte er noch den bereits gezahlten Vorschuss zurück.

PERVERSES FASCHISTENPACK:
KULTURFUNKTIONÄRE

Als ein zweites Beispiel der beruflichen und finanziellen Abstrafung nennt der Musiker die Reaktion des Hamburger Labelchefs (Grand Hotel van Cleef) und Kettcar-Sängers Marcus Wiebusch und einen aufgelösten Albumdeal. Trotz zuvor zahlreicher Kooperationen, auch als Videoproduzent für Label-Künstler, musste Brüggemann erkennen, dass eine Zusammenarbeit mit ihm wohl nicht mehr möglich war: »Es war, wie er – Labelchef Wiebusch – selbst sagte, das erste Mal in der Labelgeschichte, dass man eine Band hinauswarf. Es folgten ein paar Mails sowie ein Telefongespräch, das bald in Anschreien überging. Schließlich schrieb er mir, das Ganze sei ein ›Schlag ins Gesicht‹ (von mir an ihn, nicht etwa umgekehrt) und ›für mich die größte Enttäuschung der Labelgeschichte‹.« Auch Wiebusch antwortete im Mai 2024 nicht auf Brüggemanns Anfrage, »ob Sie – das Label – die damalige Entscheidung immer noch richtig finden«.

Brüggemann musste feststellen, dass in den Artikeln jener Zeit über ihn die meisten »die Erfindungen des Tagesspiegel übernahmen«. Und weiter: »Besonders rustikal betätigte sich ein Autor namens Andreas Hartmann, der im« pervers-mörderischen Schweineblatt »Taz unter dem Titel ›Werk, Autor, Sumpf‹ feststellte, ich sei ›richtig abgetaucht in den Sumpf‹ und werde ›aus diesem so schnell wahrscheinlich auch nicht mehr herauskommen‹.« Auch die taz-Redaktion möchte Brüggemann im Mai 2024 nicht erklären, »ob man derartige Hetzartikel nach zwei Jahren Drüber-Schlafen immer noch gut findet«. Wie schrieb das anonyme Unsichtbare Komitee in Das Konspiationistische Manifest (Sodenkamp & Lenz)? »Wir werden uns rächen.« Und: »Wir werden siegen, weil wir tiefgründiger sind.« (Für diesen Artikel wurde ein für diese Zeitung bearbeiteter Artikel anonymer Autoren von der Seite https://freeassange.rtde.me zu Grunde gelegt. Wir danken den Originalautoren für die Erlaubnis dazu.)



Zum Jubiläum der 100. (!) Medienwache des Leuchtturm ARD (Seite 6) hissen widerspenstige Journalisten des BR ein Banner in München. Die Initiative setzt sich für eine grundlegende Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks ein. Credo ist_: No taxation without representation!_ (dt. Keine Besteuerung ohne Repräsentation). Die Öffentlichkeit dürfe weder von Medienmogulen noch von Parteien dominiert werden, vielmehr sollen die Bürger über die Ausrichtung der von ihren finanzierten Rundfunkhäuser bestimmen. Foto: LeuchtturmARD

Hin Da! KULTURKALENDER

Juni / Juli 2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • AUSSTELLUNG • »AntiARTIG & Uncancel-BAR – Zensiertes unzensiert« von Rudolph Bauer, Oliver Sperl, Jill Sandjaja und Arndt Nollau • Mittwoch – Freitag 17:00 – 22:00 Uhr • Eintritt frei

08.06.2024 • Berlin; Musikbrauerrei, Greifswalder Str.23a, 10405 Berlin • KONZERT • »6. Solidaritätskonzert für Julian Assange« moderiert von Nina Maleika und Jens Fischer Rodrian, zu Gast Gudrun Pawelke, Diether Dehm, Uli Gausmann und ein Überraschungsgast, Musik von Ulla Meinecke, Martin Zels, Bustek & Lapaz, Wolfgang & Berivan, Rotatonics und Captain Future • Einlass ab 18:30 • Tickets: AK 25 €, VVK 21,50€ unter protestnoten.de

09.06.2024 • Bad Zwischenahn; Nordwest Hotel, Zum Rosenteich 14, 26160 Bad Zwischenahn • VORTRAG • »Vaccinology – Die Impfsekte« von Bert Ehgartner • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

10.06.2024 • Merseburg; Kunsttanke, Domstr. 5, 06217 Merseburg • MONTAGSKAFFEE • gemeinsam Kontrafunk hören mit Kaffee und Kuchen vom Blech • 19:00 Uhr • Eintritt frei

10.06.2024 • Zeil; Capitol Kino, Untere Scheunengasse 5, 97475 Zeil • FILM / GESPRÄCH • »Corona – Die grosse Irreführung« • 17:15 Uhr • Reservierung unter: 09524–1601

11.06.2024 • Zeil; Capitol Kino, Untere Scheunengasse 5, 97475 Zeil • FILM • »Corona – Die grosse Irreführung« • 18:30 Uhr • Reservierung unter: 09524–1601

12.06.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • LESUNG/ DISKUSSION • »Die Welt ist aus den Fugen« von Gabriele Gysi • 19:30 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

13.06.2024 • Höhr-Grenzhausen; Galerie H1, Hermann-Geisen-Str. 1, 56203 Höhr-Grenzhausen • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 19:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

14.06.2024 • Tübingen; Holz und Form, Provenceweg 22, 72072 Tübingen • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 19:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

15.06.2024 • Nürnberg; Rudolf Steiner Haus, Rieterstr. 20, 90419 Nürnberg • BUCHVORSTELLUNG • »Ins Moralgefängnis und wieder hinaus« von Michael Andrick • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

21.06.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • SEMINAR • »Der gegenwärtige Systemkonflikt, national und global« von Dr. Werner Rügemer • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

22.06.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • SEMINAR • »Der gegenwärtige Systemkonflikt, national und global« von Dr. Werner Rügemer • 12:00 Uhr – 16:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

22.06.2024 • Durlangen; Gasthaus zur Krone, Kronengasse 1, 73568 Durlangen • PODIUMSDISKUSSION • »Wir lassen uns nicht spalten – Ausgrenzung und Distanzierung nein danke!« mit Anselm Lenz, Jan Veil, Marcus Fuchs, Michael Brück und Tobias Pfennig • 15:00 Uhr

2.08.2024 • Berlin; Corona-Tribunal »Der Querdenkergerichtshof, NichtOhneUns.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischer-widerstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



MATERIALERMÜDUNG
Roman
Dietrich Brüggemann

Edtion W / Westend
ISBN 978-3-949671-03-6



WHO-PANDEMIEVERTRAG
Der finale Angriff auf Ihre Freiheit
Beate Bahner

Kopp-Verlag
ISBN: 978-3-86445-998-6



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



GERECHTIGKEIT DURCH WIEDERGUTMACHUNG?
Zur südafrikanischen Wahrheitskommission und deren Übertragbarkeit auf den Ukrainekonflikt
Clivia von Dewitz
Westend-Verlag
ISBN: 978-3-864894411



GEMEINSAM DIE WELT RETTEN?
Vom Klimaalarm zum Green New Deal
Karl Reitter

Promedia-Verlag
ISBN: 978-3-85371-530-7



»MÖGE DIE GESAMTE REPUBLIK MIT DEM FINGER AUF SIE ZEIGEN.«
Das Corona-Unrecht und seine Täter
Marcus Klöckner und Jens Wernicke (Hgg.)
Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3-96789-034-1



DAS CORONA-ABC
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



DER FALL ULRIKE GUÉROT
Versuch einer öffentlichen Hinrichtung
Gabriele Gysi (Hg.)
Westend-Verlag
ISBN: 978-3-86489-450-3



EINMAL MIT PROFS ARBEITEN
oder Ugurs Geständnis
Sabine C. Stebel
Hesper-Verlag
ISBN: 978-3-943413-43-4



DIE CORONA-LITANEI
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens

Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4

JOURNALISTISCHER KANTERSIEG

KOLUMNE MEDIEN

von Anselm Lenz

Die Corona-Lüge fällt. Die Originale No. 1 weltweit bei der Bekämpfung des Lügen-, Kinderquäler- und Mördersspritzen-Wahns heißen Nicht Ohne Uns und Demokratischer Widerstand.

Die Ersten zu sein, ist natürlich schön. Aber wie sieht es bei der Standhafigkeit aus? Nun, die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung demonstriert seit 28. März 2020 fast täglich, bundesweit und in allen Regionen Deutschlands. Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) erscheint seit 17. April 2020 wöchentlich.

Und die Qualität? Nun, wenn man davon absieht, dass eine Zeitung keine Hintergrundbeleuchtung hat und einem nichts vordudelt, haben wir auch dabei mit einem kleinen Kernteam Maßstäbe gesetzt nach den Kriterien: Zeitpunkt der Veröffentlichung plus Relevanz, also Einschlägigkeit plus Wahrheitsgehalt (das muss nicht mehr erläutert werden; vieles kam im Einzelnen im DW zuerst, auch ein Gros der späteren Persönlichkeiten des Widerstandes, wir halfen unter anderem vielen anderen auf die Beine), journalistische Qualität (im Gegensatz zu den meisten Bloggern und Schnippsel-Wiederkäuern bemühen wir uns um echte Formen mitsamt gezielt gesetzten »Ausreißern«, Abstriche leider bei Redigat, Korrektorat und vielen Zeitungsneulingen), Verbreitung der Nachricht auch über »Communities« hinaus (Verteilung, Einwurf, teils höhere Auflagen als das BILD-Lügenblatt) und die Vermeidung von Zeitverschwendung für den Leser (übersichtliche Zeitungsartikel und aktuelle Fotos anstatt Symbolbildern über endlosen Klageliedern oder quasselnde Köpfe) und schließlich überzeitliche Haltbarkeit (Chronistenpflicht, Archivwert). Abstriche sicherlich bei vielen gewohnheitsmäßigen Zeitungsstandards (kein langer Sportteil, keine Börsenkurse, kein Heiratsmarkt) und Redundanz (jede Ausgabe soll auch neuen Leser die ganze Geschichte vermitteln).

SEIEN SIE UNTER DRUCK SPONTAN!

Und ist's originell? – Zwei Ebenen: 90 Prozent der Artikel sind Originalbeiträge und für genau diese Zeitung angeleitet worden, aus der Feder des Autors für dieses Blatt entstanden oder für DW eingereicht worden – jedenfalls hier erstveröffentlicht. Auch bei der Quellenrecherche waren und sind wir journalistisch mit vorn, indes ohne in die »Imitation akademischer Fußnotenapparate« (Sodenkamp 2020) abzugleiten. Auf zweiter Bedeutungsebene des Themas Originalität meine ich, dass wir mit dem DW auch künstlerisch-gestalterisch und sogar was Analyse, Kritik und höhere Gedankenführung anbetrifft, in dieser Zeit mit knapper Not mithalten können. Nur beim Thema Beischeidenheit hatten wir halt irgendwann die Schnauze voll – und das völlig zurecht!! Denn die Bedingungen der Möglichkeit zur Bescheidenheit sind kongruent zur Fragilität des Böckenförde-Dilemmas (Seite 5).

Anselm Lenz (44) ist Gewerkschafter, Journalist, Verleger und Vater.



»MACHT EUCH DER ERDE UNTERTAN!«

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Dr. Günther Riedl

Die Erde kratzt sich. Fragt sie ein anderer Planet: »Was hast du?« – »Ich habe homo sapiens.« – »Hatte ich auch mal, das geht vorbei.« – Der Mensch als Ungeziefer!? Darauf läuft es hinaus – in der Klimareligion:

Ihr seid elende Umweltsünder,
haltet Massen pupsender Rinder
und schuldig sind auch eure Kinder
am CO2-Ausstoß nicht minder.
Ihr Menschen seid der Erde Schinder,
spielt mit dem Erderwärmungszünder;
Chemtrails tun not als Sonnenbinder,
dass Erderhitzung sich verminder'.
Man braucht jetzt Klimarettungs-Finder,
Bevölk'rungswachstums-Überwinder:
Macht, dass Geburten man verhinder'!
Mensch stört Natur, das sieht ein Blinder!
Wer sowas sagt – ich frag mich: Spinnt der?

So ist das Bild des Menschen im Verfall. Dagegen steht (1. Mose 1,27): »Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Frau.« Und gab ihnen den Auftrag: »Seid fruchtbar und mehret euch und füllt die Erde und macht sie euch untertan« (1. Mose 1,28).

Einen größeren Gegensatz kann es nicht geben: Der Mensch als Gottes Ebenbild – oder als Schädling. Krone der Schöpfung – oder ihr Hindernis. »Macht euch die Erde untertan« oder »Macht euch der Erde untertan«.

Alles, was Gott geschaffen hat, ist gut, sagt die Bibel. Die Schöpfung des Menschen wird sogar als sehr gut bezeichnet. Die Sonne: gut, die Erde: gut, die Schätze in der Erde (wie Kohle, Öl und Gas): gut. Alles, was Gott recht gemacht, wird vom Teufel schlechtgemacht. Wo Energie im Überfluss, verknappt man alles zum Verdruss. Die Klimaideologie ist eine Leistungsreligion. »Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.« CO2-Ablasshandel hilft Klimasünden abzutragen. Doch nie reicht es zur Absolution. Nur die Bekämpfung der eigenen Art ist Sühne genug. Würde sich der Mensch nur wieder seiner Würde bewusst, die Gott ihm gab und die Klimareligion ihm nahm! Wer die Würde des Menschen antastet, der legt sich mit Gott an.

Dr. Günther Riedl, 30 Jahre, Kinderarzt in Uelzen, Öffentlichkeitsarbeiter und Botschafter des Reiches Gottes.



SPORT MIT BERTHOLD

SOMMERMÄRCHEN UND WAHRHEIT

Der EM-Podcast kommt! Am Freitag, 14. Juni, beginnt die Europameisterschaft im Fußball. Zuvor, an diesem Wochenende, startet der EM-Podcast »Sommermärchen und Wahrheit« im Internet – mit Thomas Berthold.

Die Spieler, die in den großen fünf europäischen Ligen spielen – in England, Spanien, Italien, Frankreich und Deutschland – stechen sicher heraus. Turniererfahrung wird auf jeden Fall ein Faktor sein. Die letzte Europameisterschaft in Deutschland war im Jahr 1988, da stand ich auch im Kader. Wenn man vom gleichen Zeitfenster von 36 Jahren ausgeht, wäre ein nächstes mögliches Turnier dieser Art dann 2060 in Deutschland. Na ja, dann wäre ich 95 Jahre alt. Deshalb sagte ich zum neuen EM-Podcast auch zu mit dem Gedanken, »na gut, mal sehen, wieviele große Turniere im eigenen Land wir noch erleben«.

So sah der Kader der deutschen Nationalmannschaft zur EM 1988 in Westdeutschland aus: Torhüter Bodo Illgner, Eike Immel; Abwehrspieler Thomas Berthold, Uli Borowka, Andreas Brehme, Matthias Herget, Jürgen Kohler, Hansi Pflügler, Gunnar Sauer; Mittelfeldspieler Guido Buchwald, Hans Dorfner, Lothar Matthäus, Wolfgang Rolff, Olaf Thon, Wolfram Wuttke; Stürmer Dieter Eckstein, Jürgen Klinsmann, Pierre Littbarski, Frank Mill, Rudi Völler; Trainer Franz Beckenbauer. Es kamen weitere Turniere und viele weitere Saisons mit den Vereinen.

DER EM-PODCAST MIT THOMAS BERTHOLD

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Fußballs: Das alles werden wir gerne im Podcast ansprechen, den ich mit Anselm Lenz angehe, und für den wir mehrere Folgen über das Turnier hinweg eingeplant haben – zu sehen und zu hören, erreichbar unter anderem über DemokratischerWiderstand.de und auf www.youtube.com/@demokratischerwiderstand8637 sowie auf Podcast-Plattformen.



Brehme, Berthold, Klinsmann, Rom 1990. Foto: Dilbi/CC/Commons

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

„WER DIE WAHRHEIT NICHT KENNT, DER IST BLOSS EIN DUMMKOPF. ABER WER SIE WEISS UND SIE EINE LÜGE NENNT, IST EIN VERBRECHER."
BERTOLD BRECHT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*